

Demokratie als Enttäuschung: Sri Lanka als südasiatisches Beispiel von Gewalt und Gegengewalt

Jahreskolloquium 2012 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und
Konfliktforschung
-Widerstand, Gewalt, Umbruch. Bedingungen gesellschaftlichen Wandels-
22.-24. März 2012 in der Evangelischen Akademie Villigst

1. Einleitung: Widerstand und Gewalt im südasiatischen Raum

Widerstand und Gewalt gegen das politische Zentrum werden häufig in Zusammenhang mit nicht-demokratischen Herrschaftssystemen diskutiert. Ihr Ziel ist dann die Umwälzung oder Transformation der politischen Herrschaft (bzw. der sozio-ökonomischen Strukturen) hin zu mehr Partizipation der Bevölkerung. Aber auch in bestehenden Demokratien ist der gewaltsame Widerstand gegen das Regime nicht eben selten. In manchen Ländern gehören gewaltsame Aufstände und Rebellionen zur Standardkommunikation zwischen Herrschern und Beherrschten und sind ein probates Mittel der Konfliktbearbeitung und -lösung. In Südasien besitzen fast alle Staaten eine lange Tradition der Koexistenz von demokratischer Herrschaft und (gewaltsamen) Widerstand. Ethnische und religiöse Konflikte, marxistische Rebellionen gegen den Staat, staatliche Repression gegen die Aufständischen oder Militärputsche gegen demokratisch gewählte Regierungen sind allgegenwärtig. Neben ökonomischen Variablen bilden demographische Faktoren (ethnische und religiöse Heterogenität, Verjüngung u.a.) der Länder eine häufig genannte Begründung für das Aufkommen von Widerstandsbewegungen und für die Eskalation von Konflikten. Die Unfähigkeit der Regierungen, den Widerstand institutionell einzuhegen (d.h. durch Verhandlungen in demokratischen Verfahren), wird oft mit Defekten im demokratischen System (im Vergleich zu entwickelten liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien) erklärt. Alle genannten Faktoren können das Aufkommen von Widerstandsbewegungen und den Ausbruch von Gewalt aber nicht ausreichend erklären.

Exemplarisch für einen dieser demokratischen Gewaltfälle steht Sri Lanka. Das südasiatische Land ist eine der ältesten Demokratien der Dritten Welt. Seit der Unabhängigkeit wurde die Insel mehrfach von inner- und interethnischen Gewaltkonflikten erschüttert: Anfang der 1970er Jahre schlug die Regierung einen marxistischen Jugendaufstand der Janatha Vimukthi Peramuna (=People's Liberation Front, JVP) nieder. Ende der 1980er Jahre formierte sich die Gruppe erneut und es kam zu einem weiteren blutigen Konflikt mit der Staatsmacht. Während des zweiten Aufstandes ermordeten Aufständische, Sicherheitskräfte und paramilitärische Todesschwadronen 40.000 bis 60.000 Menschen.¹ Seit Ende der 1950er Jahre war es zudem wiederholt zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen die ethnische Minderheit gekommen. Gegen diese Gewalt und die ethnische Diskriminierung hatten sich in den 1970er Jahren verschiedene Widerstandsgruppen formiert, unter denen die Tamil Tigers of Tamil Eelam (LTTE) die stärkste war. Nach inselweiten Pogromen brach 1983 der offene Bürgerkrieg aus, der bis 2009 andauerte und zwischen 30.000 und 300.000 Tote und Verschwundene sowie eine Million Flüchtlinge innerhalb Sri Lankas und knapp zwei Millionen außerhalb des Landes forderte.² Beide Konflikte wurden mit massiver Gewalt von Seiten des Staates und der Aufständischen ausgetragen.

¹ Nach der Asian Human Rights Commission sogar 80.000 bis 120.000 (Frontline 06.-19.06.2009).

² Ältere Studien nennen die offiziellen Zahlen (30.000 bis 40.000); neuere Berechnungen gehen von 126.000 bis 338.000 Toten und Verschwundenen aus, vgl. Seneratne 1997: 15; Obermeyer et al. 2008: 1482-1486.

1.1. Ausgangshypothese und Begriffsklärung

Meine Ausgangshypothese zur Erklärung von gewaltförmigen Widerstandsbewegungen und der gewalthaltige Reaktion des Staates bewegt sich neben ökonomischen, demographischen und institutionellen Faktoren, denen gleichwohl eine wichtige Funktion zukommt. Ich nehme an, dass weder ökonomisch-demographische Strukturen noch die formal-institutionelle Ordnung (d. h. die Demokratie) direkt kausal wirken, sondern dass die Formierung von Widerstandsbewegungen und die Reaktion des Staates auf diesen Widerstand von der jeweiligen Kultur und der in ihr vorherrschenden sozialen Praxen abhängen. Als Kultur definiere ich die Gesamtheit von Überzeugungen, Moralvorstellungen, Traditionen, Praktiken einer Gesellschaft, die die Sozialisation und Enkulturation jedes Gesellschaftsmitgliedes prägen.³ Kultur ist die Matrix von Bedeutungen, die die kollektive Identität einer Gruppe generiert und bewahrt. Diese sozial „konstruierte“ Realität legt den Mitgliedern der Gesellschaft eine bestimmte Deutung der Welt und dazu passende Verhaltens- und Handlungsmuster nahe. Allerdings existieren in jeder Kultur Mehrheits- und Minderheitsdiskurse über die Ausprägung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Felder, was eine gewisse kulturelle Distanz und Reflexion – sowie die Manipulation – der Kultur möglich macht. Kulturelle Muster prägen, aber sie determinieren nicht. Kultur spielt in vielen Konflikten eine entscheidende Rolle: Die Ursachen von Konflikten lassen sich zwar oft auf Auseinandersetzungen über den Zugang zu materiellen Gütern und politischen Partizipationsrechten zurückführen, ausgetragen werden diese Konflikte aber über eine kulturelle Ebene. So ist das Handeln/Verhalten in einem Konflikt kulturell definiert z. B. die Kooperations- und Kompromissbereitschaft, sowie die Bereitschaft zur Gewalt. Die Analyse der gewaltförmigen Widerstandsbewegungen in Sri Lanka versteht sich als Synthese zwischen zwei Optionen: zum einen die Suche nach den Ursachen von Widerstand als Folge von gesellschaftlichen/individuellen Konflikten oder Defiziten und zum anderen die Analyse von Konflikten und Gewalt als Teil der soziopolitischen Ordnungsmuster.

Wenn sich der gesellschaftliche Zugang zu den Ressourcen, die Kriterien der Legitimation oder des sozialen Status verändern ist insbesondere in Kulturen, die zuvor stark durch patronal-klientelistische Ordnungsstrukturen geregelt und gesteuert wurden, die Tendenz hoch, dass sich Widerstandsbewegungen formieren und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden. Demokratische Transformationen lösen genau in den genannten Bereichen erhebliche Veränderungen aus, weil sie allgemeine und gleiche Freiheits- und Partizipationsrechte sowie objektive Institutionen und Verfahrensweisen fordern und versprechen. Aufgrund der Abhängigkeit von spezifischen kulturellen Mustern und tradierten sozialen Ordnungen und Praktiken erweisen sich demokratische Systeme in heterogenen Gesellschaften außerhalb der westlichen Welt als unzureichender Faktor zur Einhegung von Gewalt – im Gegenteil, sie setzen sogar selbst Gewalt verschärfende Dynamiken in Gang, weil ihre Normen, Organisations- und Legitimationsmuster mit traditionellen Ordnungsvorstellungen kollidieren. Entgegen der Annahmen der Modernisierungs- und Demokratisierungstheorie lösen sich kulturelle Identitäten nach der Systemtransformation nicht auf und traditionelle Bindungen werden nur partiell durch säkular-nationale und bürgerliche Werte ersetzt. Stattdessen bleiben traditionelle Ordnungsstrukturen ein wesentlicher Faktor des persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens. Sie spielen weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Definition von

³ Zur Hypothese vgl. Kreuzer/Weiberg 2007: 36ff. Zum Kulturbegriff vgl. Reckwitz 2000.

Staat und Nation, der Bestimmung von Gruppenzugehörigkeit und den Herrschaftspraxen der Eliten. Formal demokratisch bleiben die alten Loyalitäts- und Legitimationsmuster erhalten bzw. amalgamieren zu einem neuen hybriden System. Kulturelle Muster und soziale Praktiken verformen institutionelle Ordnungsentwürfe, so dass unterschiedlich gewalthaltige politische Praxen der Konfliktbearbeitung entstehen. Kultur und formales Institutionenset (Demokratie) sind interdependent: Kulturen stellen jeweils unterschiedlich (gewalthaltige) Handlungsrepertoires zur Verfügung. Formale politische Institutionen wiederum bilden einen Rahmen, innerhalb dessen das gesellschaftliche Handeln abläuft und der damit seinerseits auf die kulturellen Handlungspräferenzen einwirkt. Durch das kulturell gerahmte Handeln der Eliten und der Bevölkerung innerhalb der Institutionen entwickelt sich ein unterschiedlich (gewalthaltiges) Konfliktverhalten. Dieser Ansatz soll zudem über Arbeiten hinausweisen, die davon ausgehen, dass gewaltsam ausgetragene Konflikte vor allem auf kulturellen Abgrenzungsprozessen beruhen, dass also die Tatsache der Grenzziehung zentral ist und nicht der Inhalt, durch den sich die konkreten Kulturen definieren.⁴ Demgegenüber geht darum, aus dem konkreten Zusammenspiel von Kultur und formal-demokratischem Setting Prägungsmuster des Konfliktverhaltens zu isolieren. In einem zweiten Schritt können daraus möglicherweise Ansätze für eine verallgemeinernde Hypothesenbildung gewonnen werden.

2. Die Formierung Widerstand: Konflikt → Eskalation → Gewalt?

2.1. Funktion, Ursache und Form sozialer Konflikte

Widerstand gegen ein politisches System oder Elemente des Systems formiert sich häufig entlang von Konfliktlinien einer Gesellschaft. Konflikte sind ein integraler Teil dynamischer Gruppenbeziehungen. Sie können entweder aus einer „(...) *spezifischen Situation gesellschaftlichen Wettbewerbs entstehen, in der die Akteure miteinander unvereinbare Ziele durchsetzen wollen oder in der die (wahrgenommenen) Interessen nicht in Einklang stehen*“ (Meyers 1994: 28). Darüber hinaus entstehen Konflikte über widerstreitende individuelle oder gesellschaftliche Normen.⁵ Aus theoretischer Sicht sind Konflikte wertneutral, d. h., sie sind per se kein Ausdruck von Dysfunktionalität einer Gesellschaft oder einer Bedrohung der sozialen Ordnung. Konflikte können sogar integrative Effekte besitzen – sie können systemintegrativ sein, nur für einen bestimmten Teil der Gesellschaft oder bestimmte Akteure wirksam werden – oder sozialen Wandel befördern. Eine wichtige Voraussetzung, um Konflikte positiv zu nutzen und den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft zu gewährleisten, sind institutionalisierte Formen des Interessenausgleichs. Denn vor allem unregelte nicht-institutionalisierte Konflikte werden schnell dysfunktional und desintegrativ. Generell gelten demokratische Institutionen als Vermittlungsinstanzen für die (friedliche) Bearbeitung von Konflikten.⁶

Die Ursachen sozialer Konflikte werden sozialpsychologisch (menschliche Natur und biologische Ausstattung) oder strukturell (Sozialstruktur und Gruppenbeziehungen) begründet, wobei in den Sozialwissenschaften strukturelle Erklärungen dominieren. Die Haupttriebfedern sozialer Konflikte sind „*relative deprivation, dissatisfaction of basic needs,*

⁴ In der Ethno-Konfliktforschung hat Kultur als Kategorie zur Erklärung von sozialem Konfliktverhalten gesellschaftlicher Großgruppen einen prominenten Platz. Vgl. Avruch 1998; Eller 1999; von Ross 1993.

⁵ Zum Konfliktbegriff Imbusch/Zoll 2006; Bonacker 2005, Baros 2004: 208-221; mit soziologischem Fokus vgl. Hanschitz 2005: 63-82. Zur Abgrenzung von Konflikt und konflikthaften Verhalten vgl. Ogley 1999: 401-412.

⁶ Dubiel 1995: 1095-1106.

failure of organizational functions, asymmetric power relations and the dominant social structure“ (Jeong 1999: 511).⁷ Neben der relativen Deprivation bilden institutionelle und organisatorische Mängel eine weitere Konfliktursache. Konflikte bedürfen – wie oben bereits angesprochen – der Einhegung durch Institutionen, die eine bestimmte Austragungsform (nicht violent) vorgeben und die den Konfliktparteien einen gleichberechtigten Zugang zu notwendigen Konfliktressourcen wie z. B. Öffentlichkeit und Medien garantieren. Fehlen diese Institutionen oder ist ihre Funktion eingeschränkt, besteht die Gefahr, dass die Konfliktparteien zu anderen Mitteln der Interessendurchsetzung, z. B. zu Gewalt, greifen. Eine dritte Konfliktursache sind umstrittene Sozialstrukturen oder eine asymmetrische Machtverteilung. Eine Gesellschaft generiert soziale Konflikte, wenn die normativen Grundlagen der Gesellschaft (Sozialstrukturen und Wertzuschreibungen) von einem Teil der Bevölkerung abgelehnt werden. Soziale Konflikte entstehen: 1. in Zeiten schnell steigender Ansprüche (z. B. wenn steigende Ansprüche der Bevölkerung mit gegenläufigen Entwicklungen wie einer Wirtschaftskrise konfrontiert werden); 2. bei Unklarheit über die relative Machtverteilung (z. B. führen unklare Machtverhältnisse zu einer Überschätzung der eigenen Stärke); 3. durch Vergleiche und dem Erleben von Ungerechtigkeit (Gruppen vergleichen z. B. ihre Position und stellen ungerechte Diskrepanzen fest); 4. bei Statusungleichheit (eine ungerechte Behandlung wird auf widersprüchliche Bewertungskriterien zurückgeführt); 5. bei einer Schwächung des normativen Konsens (z. B. der Veränderung von Gesetzen oder der Verfassungsnormen); 6. bei der Annahme von Nullsummenspielen (wenn die Konfliktparteien der Ansicht sind, dass der Gewinn der einen Partei den Verlust der anderen bedeutet); 7. bei bestimmten Kommunikationsstrukturen zwischen den Gruppenmitgliedern (direkte räumliche Nähe und moderne Kommunikationsmedien begünstigen Konflikte) und 8. bei dem Vorhandensein von geeigneten Führern (wie z. B. „politischen Unternehmern“, die eine Bewegung anführen) (Rubin et al. 1994). Trotz unterschiedlicher Funktion, Ursache und Form von Konflikten lässt sich eine Gemeinsamkeit feststellen: Konflikte können nie endgültig gelöst, wohl aber bearbeitet werden. Ökonomische Ungleichheit, die Ungleichverteilung von Macht, Herrschaft und Prestige oder unterschiedliche Wertvorstellungen und Weltanschauungen lassen immer wieder konflikthafte Interessengegensätze entstehen. Wichtig ist es, einen gewaltfreien Konfliktaustragungsmodus zu finden, der grundsätzlich von allen Konfliktparteien anerkannt wird.

2.1.1. Konfliktkollektive: Ethno-nationalistische und ideologisch motivierte Bewegungen

Zu den langwierigsten und eskalationsträchtigsten Intergruppenkonflikten gehören ethnische und nationalistische Konflikte.⁸ Welche der Kriterien (Geschichte, Tradition, Sprache, Rasse oder Religion) zu Konflikten führen, ist von Fall zu Fall verschieden, wobei prinzipiell kein Kriterium mehr konfliktträchtig ist als ein anderes (Fox 2001: 295-320). Das angestrebte Ziel der Gruppen hängt eng mit dem Konflikttyp zusammen: Nationale Gruppen zielen meistens auf Exit-Optionen, d. h. die Gründung eines eigenen Staates, während ethnische Gruppen einen besseren Zugang zu Ressourcen des Staates fordern. Primordialisten gehen davon aus, dass Ethnozentrismus ein universelles Phänomen ist und ethnische Unterschiede objektiv

⁷ Tishkov (1997) stellte bei der Untersuchung von Konflikten in der sich auflösenden Sowjetunion fest, dass Gewalt weniger von den marginalisierten Gruppen ausging als von den etablierten Eliten.

⁸ Zur Definition ethno-nationalistischer bzw. -separatistischer Konflikten vgl. Ichijo/Uzelac 2005; Henderson 1999, Smith 1993; Conversi 2004. Für Südasien vgl. Rajagopalan 2001; Mehta 1998: 377-396; Leifer 2002.

gegeben sind. Kooperation wird durch ethnische Ähnlichkeit begründet, während ethnische Differenzen zu Konflikten führen (Vanhanen 1999: 55-73). Instrumentalisten und Konstruktivisten gehen davon aus, dass Ethnizität das Resultat von Sozialisation und kommunalistischen Prägungen ist. Ethnische Konflikte sind das Resultat von sozialen Prozessen, bei denen sich die ethnischen Gruppen auf eine konstruierte kollektive Herkunftsgeschichte, einen Abstammungsmythos oder eine Kultur berufen und daraus bestimmte Ansprüche ableiten, die zu Konflikten mit anderen Gruppen führen. Die Ursachen ethno-nationalistischer Konflikte werden heute mit wenigen Ausnahmen instrumentalistisch erklärt, wobei der Trend seit den 1990er Jahren weg von kognitiven (Ideologien, Identitäten usw.) hin zu den strukturellen Faktoren (Institutionen, Ökonomie usw.) geht. Die einzelnen Ansätze differieren aber erheblich. Auf der einen Seite hat sich eine Fraktion herausgebildet, die jeden ethnischen Konflikt – und damit auch die Konfliktursachen – als singuläre historische Gegebenheit sieht. Auf der anderen Seite wurde immer wieder versucht, eine mehr oder weniger universelle Theorie des ethnischen Konfliktes zu formulieren, indem man Faktoren benannte, die den Ausbruch von ethno-nationalistischen Konflikten begünstigen.⁹ In den letzten Jahren hat sich die Ursachendiskussion zudem stark auf das Gegensatzpaar „greed vs. grievances“ verengt.¹⁰

Auch ideologisch motivierte Konflikte sind eine Form von eskalationsträchtigen Intergruppenkonflikten, die im asiatischen Kontext eine wichtige Rolle spielen. Nationalistische bzw. ethnische Konflikte und ideologisch motivierte Konflikte sind allerdings nicht immer klar voneinander abzugrenzen. Rebellion ist der Begriff, der überwiegend für einen ideologisch motivierten Intergruppenkonflikt sowie die Bezeichnung einer Situation, in der Konflikte nicht mehr verhandelt werden und die Gruppen bereit sind, ihre Ziele auf anderem Weg durchzusetzen, bezeichnet. Rebellionen zielen meistens darauf, die herrschende Elite oder den Staat als Ganzes umzustürzen (z. B. marxistische Aufstände oder kommunistische Systemwechsel). Marxistische Theorien machen die ökonomische Struktur einer Gesellschaft für den Ausbruch von ideologischen Konflikten verantwortlich.¹¹ In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Forschung zu Rebellionen und Volksaufständen vor dem Hintergrund der Systemtransition in Osteuropa und Russland noch einmal erheblich differenziert worden. Die bis dato geltenden Vorannahmen, dass Rebellionen durch ökonomische Knappheit und wirtschaftlichen Niedergang oder (relative) Ungleichheit ausgelöst (Muller/Seligson 1987: 421-451; Prezworski et al. 1996:39-55) und von einer städtischen oder ruralen Arbeiterschicht getragen würden, mussten weiter abgeschwächt werden. Statt dessen stellte man fest, dass „(...) *popular rebellions of the past two decades have most often been led by the middle class;*

⁹ Vgl. Williams, der spezifische Gesellschaftsstrukturen für den Ausbruch der Konflikte verantwortlich macht (Williams 2003: 107f). Gurr wiederum betrachtet ethno-nationalistische Konflikte universalistisch als eine indirekte Folge der globalisierten Moderne (Gurr 2005: 163-188); Brown verbindet universelle und singuläre Faktoren, indem er die verursachenden Faktoren in vier Kernbereiche unterteilt und diese ergänzt um „Triggerfaktoren“, die v.a. die Rolle der Elite betreffen (Brown 2005: 209-226).

¹⁰ Gier-Ansätze gehen davon aus, dass für ethno-nationalistische Konflikte primär ökonomische Faktoren wie das Vorkommen bestimmter Ressourcen in den betroffenen Ländern und die Bereicherung der Kombattanten ausschlaggebend sind (Collier/Hoeffler 2000; Kemp 2004). Während dies für viele afrikanische Konflikte zutrifft, bleibt für viele andere Fälle ein erheblicher „Erklärungsrest“.

¹¹ Hinsichtlich der Partizipation der ruralen Bevölkerung an Aufständen betont Scott kulturelle Faktoren, Paige die ökonomischen Beziehungen zwischen Landlord und Arbeiter, Midgal und Wolf das Bevölkerungswachstum und die kapitalistische Durchdringung, Popkin die Möglichkeiten innerhalb des traditionellen Sozialgefüges, vgl. Scott 1976; Paige 1975; Midgal 1974; Wolf 1969; Popkin 1979.

focused on political not economic issues, were based in urban areas; and occurred despite the terrible risk of challenging an incumbent authoritarian government“ (Bhavani/Ross 2003: 341). Vertreter kulturalistischer Ansätze sprechen normativen und ideologischen Faktoren eine wesentliche Rolle beim Framing und bei der Beförderung von ideologischen Konflikten zu. Kultur und Ideologie konstituieren kollektive Identitäten und motivieren zu bestimmten Handlungen. Kulturen und Ideologien unterstützen die Herausbildung eines gemeinsamen Bewusstseins und die Verbindung von einzelnen Personen zu kohärenten, schlagkräftigen Gruppen. Dabei sind Kulturen aber nicht statisch, sondern können zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Rebellion eine unterschiedliche Rolle spielen (Swidler 1986: 273-286). Ob Rebellionen ausbrechen, hängt ferner von der Performanz des Staates und seinen Institutionen ab, wobei die Wirkung staatlicher Repression auf die Widerstandsgruppen umstritten ist. Goldstone betont die Wichtigkeit sozialer und politischer Institutionen und ihrer Flexibilität, die o.g. Herausforderungen zu bewältigen. Insbesondere demokratischen Systemen spricht er die Fähigkeit zu, durch Anpassung der Politik die Lage zu entschärfen.¹²

2.2. Die Eskalation von Konflikten in die Gewalt und soziale Gewaltordnungen

Die Existenz ethno-nationalistischer oder ideologisch motivierter Konflikte sagt jedoch noch nichts darüber aus, wie diese Konflikte ausgetragen werden, d. h., ob und wie viel Gewalt gegen wen angewendet wird. Soziale Konflikte sind, wie gezeigt, der gesellschaftliche Normalfall und tragen auch zur Weiterentwicklung der Gesellschaft bei. Die Eskalation in die Gewalt bleibt eine Ausnahme, da die meisten Konflikte friedlich ausgetragen werden (Spencer 1999: 346, Orywal 1996: 13-43). Die Eskalation in die Gewalt wird zumeist als rationale Strategie der Konfliktaustragung oder als irrationales Handeln von Kollektiven erklärt (Eckert/Willems 2002: 1457-1480). Generell bezeichnet man die (un-) beabsichtigte Steigerung eines Konfliktes – oft in Form einer Konfliktspirale, in der die eigene Aktion als Reaktion auf das Handeln des Gegners gesehen wird – als Eskalation. Dabei kommt es zu einer Ausweitung des Konfliktbereiches, des Konfliktgegenstandes und der Konfliktmittel. Gewalt ist dabei eine Form, Konflikte auszutragen oder ein Kennzeichen des Konfliktes. Unter der Voraussetzung, dass Gewalt rational gefasst wird, kann sie als expressive oder instrumentelle Variante auftreten (Barkan/Snowden 2001: 6). Schmidt und Schröder fügen noch zwei weitere Gewaltdimensionen hinzu: die performative, die eine über das aktuelle Ereignis hinausweisende Bedeutung besitzt, und die symbolische Gewalt, die diskursive Bedeutung hat: beide sind besonders in hoch eskalierten Konflikten bedeutsam (Schmidt/Schröder 2001: 6). Eskalationsfördernd wirken eine erheblich geschwächte Staatsautorität, starke soziale Spannungen in der Gesellschaft und eine konflikthafte Vergangenheit sowie tief greifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse und eine konfliktbereite Elite. Deshalb haben schwache Staaten bzw. Staaten in Transitionsphasen ein signifikant höheres Risiko, dasselbe gilt für Staaten, die schon einmal in Konflikte verwickelt waren oder in denen die politische Macht monopolisiert wird bzw. ein Systemwechsel stattfand (Hegre et al. 2001: 33-48; Gates 2003). Seit Beginn der 1990er wurde neben objektiven Faktoren insbesondere die Wichtigkeit subjektiv(istisch)er Bedeutungszuschrei-

¹²Goldstone (1991) bietet darüber hinaus eine integrative Theorie der Rebellion. Hinter der These, dass demographische Faktoren für den Ausbruch von Rebellionen verantwortlich seien, steckt ein multikausales Modell, das demographische, ökonomische, institutionelle und explizit auch kulturelle Faktoren verbindet. Kritik vgl. Midlarsky 2005: 375-391; Urdal 2005: 417-434; Ware 2005: 435- ; Besancon 2005: 393-415.

bung, kultureller Aspekte und ideologischer Systeme für Eskalationsprozesse betont (Nordstrom 1997: 431-450; Daniel 1996). Der Gewalt wurde ferner nicht nur eine negative Wirkung, sondern auch eine gestaltend-schöpferische Macht zugeschrieben (Bowman 2001: 25-46). Gewalt ist damit das Ergebnis sozialer Formierungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren und Gruppen einer Gesellschaft, die einerseits Ordnung zerstört aber andererseits auch Ordnung begründet. Gewalt ist in jeder Gesellschaft eine Handlungsoption. Zu jeder Gesellschaft gehört eine Gewaltordnung, d. h. spezifische Normen, Werte und Sanktionen, die die Legalität und Legitimität von Gewalt bestimmen, sowie ein Set von Praxen, in denen sich diese Gewaltordnung im Alltag zeigt. Kulturellen Konzeptionen von Gewalt kommt damit quasi rechtliche Qualität zu. Die Disposition zur Gewalt ist immer vorhanden und wird durch die Kultur gefördert, geduldet oder unterdrückt. Dabei können innerhalb einer Gesellschaft konkurrierende Ordnungsvorstellungen bestehen, wobei abstrakte Normen – wie Menschenrechte oder Demokratie – gegenüber kulturellen oft weniger Bindekraft besitzen.

2.2.1. Die Persistenz ideologischer und ethno-nationalistischer Gewalt

Kollektive Gewalteskalationen führen nicht selten in den Bürgerkrieg.¹³ Gurr geht davon aus, dass Bürgerkriege ausbrechen, wenn eine Gruppe erheblicher und dauerhafter politischer und ökonomischer Deprivation ausgesetzt ist. Auf der anderen Seite stehen Studien, die ökonomische Faktoren präferieren. Bürgerkriege sind Gewaltmärkte, in denen das ökonomische Motiv des Profites dominiert. Voraussetzung für Gewalt ist die Entstehung von „gewaltoffenen Räumen“, in denen das staatliche Gewaltmonopol eingeschränkt ist (Elwert 1997: 6-101). Auch die Verfügbarkeit von Ressourcen sowie die Kosten einer Rebellion bilden die Opportunitätsstrukturen für das Bürgerkriegsrisiko (Jean/Rufin 1999; Collier/Hoeffler 2000).¹⁴ Synthesen, die „greed und grievances“ verbinden bzw. eine Kombination aus ökonomischen und politischen Faktoren für den Ausbruch von Gewalt verantwortlich machen; ergänzen diese Zugänge (Regan/Norton 2005: 323, Hegre 2006: 508-535), blieben allerdings ebenfalls oft auf der Ebene einer akteurszentrierten Kosten-Nutzen-Rechnung, betonen strukturelle Faktoren, vernachlässigen emotive und symbolische Prozesse ebenso wie den Prozesscharakter von Bürgerkriegen.

Ethno-nationalistische Gewalt wird häufig unter Ansätze der Bürgerkriegsforschung subsumiert, vermutlich weil man ethnischen Faktoren nur eine eingeschränkte Erklärungskraft zuweist.¹⁵ Dem entgegen ordne ich ethnischen Gruppenidentitäten eine wesentliche Rolle bei der Formierung der Gruppe und der Wahl der Konfliktgegenstände sowie der Begründung und Rechtfertigung von Gewalt zu. Ethnopolitische und separatistische Konflikte brechen auf, wenn eine Gruppe dauerhaft erheblicher politischer und ökonomischer Diskriminierung und Repression ausgesetzt ist. Situativ müssen ferner die Handlungschancen und Opportunitätsstrukturen für die Gruppe günstig sein – z. B. muss sie über eine fähige Führung und Sponsoren verfügen. Besonders wichtig ist, dass sich die Gruppe zu einer kollektiv handlungsfähigen Einheit formiert. Eine Voraussetzung für eine kollektive Handlungs-

¹³ Zum Bürgerkriegsbegriff vgl. Waldmann 1998: 15-36; Münkler 2002; Sambanis 2004: 814-858.

¹⁴ Gleichzeitig ist das Interesse, diese Konflikte friedlich zu bearbeiten, bei vielen Eliten nicht besonders hoch, da Konflikte als Opportunitätsstrukturen für eigene Profite wahrgenommen werden. Kritisch zu bewerten ist bei den Ansätzen die Überrepräsentation afrikanischer Fälle sowie die Operationalisierung und Spezifizierung der Variablen. Ferner stellt sich die Frage, warum die Rebellen mehr von den genannten ökonomischen Bedingungen profitieren sollten als eine Regierung.

¹⁵ Vgl. Blimes 2006: 536-547; Buhaug 2006: 691-708.

fähigkeit ist die verbindende Identitätskonzeption der Gruppe. Ethnizität ist ein Faktor, der zum einen über eine hohe Bindungskraft verfügt, weil sich die Gruppe damit gegen andere Gruppen abgrenzt. Zum anderen ist der Faktor Ethnizität weit genug, um unterschiedlichste Mitglieder der Gesellschaft zu inkorporieren, da die ethnische Zugehörigkeit oberhalb bereits bestehender Identitätsmarker – wie Familienzugehörigkeit usw. – angesiedelt ist. Gewalt in ethnischen Konflikten ist der umfassenden Marginalisierung einer Gruppe geschuldet oder das Ergebnis massiver Repression, die mit dem Gefühl einhergehen, akut gefährdet zu sein. Ziele wie die Eigenstaatlichkeit können zudem kaum anders als gewaltsam erreicht werden, da sich der betroffene Staat fast immer gegen eine Teilung seines Territoriums zur Wehr setzen wird. Wimmer zeigt zudem auf, dass ethnische Gewalt in engem Zusammenhang mit der Herausbildung von modernen Staaten – gedacht als homogener Nationalstaat – und den Demokratisierungsprozessen steht. Es formieren sich ethnische Gruppen, die im Staat um die politische Macht konkurrieren. Die gewaltsame Ausgrenzung ethnischer Minderheiten wird legitim, weil nur die kulturell (ethnisch) homogenen Staatsbürger inkludiert werden. Durch ethnische Stereotype und symbolische Hierarchisierung – Vormachtstellung der eigenen Ethnie, dominante Rasse und Kulturvorstellungen, Reinheitskult – wird eine zunehmende Gewaltbereitschaft und -erwartung befördert (Wimmer 1997: 631-665). Darüber hinaus ist festzustellen, dass der Akt der Gewalt selbst eine identitäts- und ordnungsstiftende Kraft für die Gruppe besitzt. Da unterhalb der ethnischen Ebene weitere Formen regionaler oder familialer Identität bestehen bleiben, subsumieren sich mit diesen Identitäten verbundene Konflikte und Gewalt, z. B. lokale oder kriminelle Gewalt, unter den ethnischen Konflikt. Damit können auch Gewaltakte, die nicht genuin ethnische sind, als ethnische Gewalt gedeutet werden. Das erlaubt auf der Ebene des Individuums wiederum eine multidimensionale Motivation zur Gewalt und multiple Anlässe zum Erleiden von Gewalt. Die Forschung zu Unruhen und Pogromen, eine in ethno-nationalistischen Konflikten besonders häufige Gewaltform, hat zudem belegt, dass diese häufig (kulturell) ritualisierten Handlungsmustern folgen und symbolische Aussagekraft haben. Diese symbolischen Bedeutungen sind den Opfern und den Tätern bekannt und zielen auf die Herstellung einer spezifischen sozialen Ordnung bzw. die „Reinigung“ der Gesellschaft (Brass 1996, Bergmann 2002: 441-460).

2.2.2. *Die Gewalt des Staates*

Bei der Untersuchung von Widerstandsbewegungen gegen den Staat (sofern es sich um demokratische Systeme handelt) konzentrieren sich die meisten Analysen auf die Seite der Aufständischen, während die Gewalt des Staates nur bedingt berücksichtigt wird. Die Gewalt staatlicher Sicherheitskräfte gilt als „legitime Gegenwehr“, die selten erklärungsbedürftig ist. Gerade in demokratischen Systemen ist die Erklärung staatlicher Gewalt gegen Teile der Bevölkerung aber wichtig, da es sie laut Theorie in dieser Form nicht geben dürfte. Öffentliche Gewalt muss legal und legitimiert sein und beruht auf einem normativen Konsens in der Gesellschaft. Das Gewaltmonopol eines Staates wird i.d.R. von den Sicherheitskräften – nach innen von der Polizei, nach außen vom Militär – ausgeübt. Es ist den Sicherheitskräften zwar erlaubt, wenn nötig, Gewalt anzuwenden, tatsächlich wird in demokratischen Gesellschaften aber erwartet, dass sie nur das unbedingt notwendige Maß an Gewalt einsetzen (Bittner 1990). Überschussgewalt, z. B. wie Folter usw., Selbsthilfegewalt und private Gewaltakteure stehen außerhalb des demokratischen Konsenses. Aus der Prüfung,

wann Sicherheitskräfte mit welcher Begründung Gewalt anwenden und wer davon betroffen ist, lassen sich Rückschlüsse auf die Legitimationsmuster von Gewalt in einer Gesellschaft ziehen. Grundsätzlich ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Polizeigewalt zu werden, bei bestimmten Gruppen exponentiell höher ist als bei anderen: Gewalt richtet sich besonders häufig gegen Personen, die als anti-sozial eingestuft werden; gegen politische Opponenten der Herrschenden sowie gegen die unteren sozialen Schichten und gegen (potenzielle) Straftäter. Insbesondere sozial niedrig stehende Personen werden häufig schon bei kleineren Vergehen Opfer von Polizeigewalt. Zum einen soll ihnen ihre Position im Sozialgefüge bewusst gemacht werden, zum anderen werden sie als potenzielle Straftäter gesehen, die es präventiv zu disziplinieren gilt. In Dritte-Welt-Staaten sind zudem nicht selten ökonomische und instrumentelle Ursachen für die Gewalt festzustellen. Gewalt oder die Androhung von Gewalt wird z. B. genutzt, um Geld und Geständnisse zu erpressen. Auch Korruption und Bestechung führen zu Gewalt (Chevigny 1999: 1-10). In ethnisch heterogenen Gesellschaften werden Angehörige von Minderheiten häufig Opfer von Polizeigewalt. In diesem Fall ist es tendenziell unerheblich, welcher Gesellschaftsschicht der Einzelne angehört, weil die ethnische Zugehörigkeit den Opferstatus definiert. Übermäßige Gewalt durch Sicherheitskräfte ist ferner immer verknüpft mit einer fehlenden strafrechtlichen Verfolgung. Wird das Gewalthandeln nicht durch Vorgesetzte bestraft, durch eindeutige Gesetze reglementiert oder sogar legitimiert, breitet es sich aus. Um illegale oder illegitime Gewalt beim Militär nachzuweisen ist für uns der Bereich der Überschussgewalt von Interesse. Im Krieg ist Gewalt im „Feindesland“ zwar die Regel, es bestehen aber erhebliche Unterschiede im Ausmaß, in den Formen und Ursachen dieser Gewalt.¹⁶ Als Gewaltakt, der über die „normale“ Funktionsermächtigung der Sicherheitskräfte hinausgeht, ist in jedem Fall die Folter, Vergewaltigung, Misshandlung usw. zu bewerten. Vor allem systematische Folter ist oft politisch motiviert und gibt damit Aufschluss über die staatliche Legitimität von Gewaltanwendungen. Über spezifische Ideologien kann Folter gerechtfertigt und institutionalisiert werden (Peters 1985).¹⁷ Folter ist entsprechend kein singuläres Ereignis mit berechenbarer Nützlichkeitsfunktion, sondern ein hochgradig symbolisches System, in dem Gewalt genutzt wird, um den sozialen Status der Beteiligten zu bestimmen. Ethnische und religiöse Minderheiten sind bevorzugte Folteropfer. Aber auch Personen, die die bestehende Ordnung ablehnen oder soziale, wirtschaftliche oder politische Veränderungen fordern, können leicht als Feinde der Ordnung eingestuft werden und zu Folteropfern werden.

Festzustellen bleibt: Jede Gesellschaft besitzt bestimmte historisch und kulturell bedingte Gewaltformen und -niveaus. Eine gewaltfreie Gesellschaft gibt es nicht, da sich das Gewaltpotenzial immer wieder als Folge von sozialen, politischen oder ökonomischen Konflikten aufbaut. Allerdings unterscheiden sich Gesellschaften stark hinsichtlich der Formen, des Ausmaßes an und der Umgangsweise mit Gewalt. Entscheidend für ein

¹⁶ Die Ursachen von Gewaltexzessen werden in der Forschung unterschiedlich bewertet. Mitgliedern von Eliteeinheiten (z. B. Anti-Terrortruppen) werden oft bestimmte psychische Merkmale unterstellt (aggressive Persönlichkeit, ideologische Überhöhung, sadistische Charakterzüge). Situative Faktoren (z. B. Angst, Überforderung, Alkohol- und Drogenkonsum) und Gruppenphänomene (u. a. Solidarität, übersteigerte Loyalität, Konformitätsdruck) spielen ebenfalls eine Rolle (Kümmel/Klein 2002: 215-234).

¹⁷ Folter dient nur vordergründig dem Zweck, Informationen oder ein Schuldeingeständnis zu erhalten, da der Wahrheitsgehalt der Aussagen fraglich ist. Vielmehr sollen die Opfer eingeschüchtert, psychisch oder physisch gebrochen werden und als abschreckendes Beispiel dienen.

möglichst friedliches Zusammenleben sind die Mittel und Wege, die einer Gesellschaft zur Verfügung stehen, um Gewalt einzuhegen. Das meiste Gewaltpotenzial in Gesellschaften bleibt nämlich latent und wird nicht realisiert. Analytisch gesehen bestehen damit zur Erklärung von Gewalt in Widerstandsbewegungen zwei Zugangsweisen: Erstens der Zugang über die Konfliktursachen: Gewalt wird zurückgeführt auf bestimmte Konflikte und deren Eskalation. Zweitens über die Begründung von Gewalt: Gewalt ist ein bestimmter Teil der gesellschaftlichen Ordnung und ist der kognitiv-emotive Ausdruck einer spezifischen Kultur (Ideologie, soziale Praxen, kognitive Muster). Gewalt ist damit einmal ein Mittel zur Durchsetzung konflikthafter Interessen und zum anderen der Ausdruck der gesellschaftlichen Ordnungsstrukturen (Regelsetzung und Regelübertretung) einer Gesellschaft.

3. Konflikte, Widerstand und Gewalt als Folge politischer, ökonomischer und sozio-kultureller Einflussgrößen in Sri Lanka

3.1. Bevölkerungsstruktur und politisches System

Sri Lanka ist geprägt von ethnischer Vielfalt und der Anwesenheit fast aller Weltreligionen. Die Mehrheit der Bevölkerung stellen die Singhalesen mit 74 Prozent, die größte Minderheit die Tamilen mit 18 Prozent – 12,7 Prozent indigene Sri Lanka-Tamilen, 5,5 Prozent Nachkommen in Kolonialzeiten zugewanderter indischer Plantagenarbeiter und die Muslime mit 7 Prozent.¹⁸ Die meisten Singhalesen sind Buddhisten, die Tamilen sind überwiegend Anhänger des Hinduismus. Während der Kolonialzeit wurden zudem Teile beider Ethnien christianisiert.¹⁹ Ursprünglich siedelten die Bevölkerungsgruppen in den unterschiedlichen Naturräumen der Insel: in der nördlichen Trockenzone (Tamilen), im südwestlichen Tiefland (singhalesische Händler) und im südwestlichen Bergland (singhalesische Monarchie). An ihre ökologischen Nischen hochgradig angepasst, entwickelte sich eine Siedlungs-, Sozial- und Wirtschaftsstruktur, die die Gruppen voneinander isolierte bzw. die Wahrnehmung und den Kontakt zumindest begrenzte (Rösel 1997). Dies änderte sich mit den Kolonialmächten: Portugiesen und Niederländern unterwarfen Teile der Insel, regierten diese jedoch getrennt. Die Briten herrschten seit 1815 über die gesamte Insel und bauten eine Wirtschaft auf Grundlage von Plantagen auf. Da der Norden und Osten landwirtschaftlich wenig lukrativ war, wählten viele Tamilen den Aufstieg durch Bildung. In den Missionsschulen, die sich an der Küste und im Norden etablierten, erhielten sie Zugang zu englischsprachiger Bildung und in der Folge zum Beamtenapparat der Briten sowie zu den akademischen Berufen. Weitere soziale Umschichtungen betrafen den Zuzug von niedrigkastigen indischen Tamilen als Arbeiter auf den Plantagen sowie den Aufstieg der Tieflandkaste der Salagama (Zimtschäler) und Karava (Fischerei, Transportdienste) zu einer neuen merkantilen Elite.

Seit den 1920er Jahren forderten die englischsprachigen Elite-Singhalesen und -Tamilen gemeinsam mehr politische Mitbestimmungsrechte. 1931 führten die Briten das allgemeine Wahlrecht auf der Grundlage eines Mehrheitswahlsystems und eine weitgehende Regierungsmitverantwortung der einheimischen Eliten ein (Russell 1982). Auf der einen Seite standen nun die Minderheiten, die unter diesem System benachteiligt wurden, da es eine politische Vormachtstellung der Singhalesen festschrieb bzw. ihre seit Kolonialzeiten herausgehobene

¹⁸ CIA - The World Factbook 2001. Seit 2006 berücksichtigt das Factbook den fragwürdigen Regierungs-Zensus von 2001 und kommt auf 73,8 Prozent Singhalesen, 4,6 Prozent Estate-Tamilen, 3,9 Prozent (!) Sri Lanka-Tamilen, 7,2 Prozent Muslime, 0,5 Prozent andere und 10 Prozent, die nicht spezifiziert sind.

¹⁹ 69,1 Prozent Buddhisten, 17,1 Prozent Hindus, 7,6 Prozent Muslime, 6,2 Prozent Christen.

Stellung in der Administration bedrohte. Die Tamilen forderten deshalb (vergeblich) einen Schutz durch Quotenregelungen oder Wahlkreiseinteilungen. Auf der anderen Seite stand die ebenso entsetzte singhalesische Elite. Die Reform hatten sie so niemals gefordert: Zwar wünschte man sich für die Elite eine politische Mitbestimmung, aber kein allgemeines Wahlrecht der Bevölkerung, das überdies auch einem erheblichen Teil der indischen Plantagenarbeiter zugestanden werden sollte. Das Wahlrecht gefährdete die Position der Elite, weil diese nun die Stimmen der bisher unterdrückten Kasten einwerben musste. Um die Massen der singhalesischen Wähler zu gewinnen, erwies es sich in der Folge als äußerst vorteilhaft, über ein ethnic-outbidding der Tamilen zu operieren.

1948 wurde Sri Lanka unabhängig.²⁰ Die meisten der singhalesischen Honoratioren gingen nach 1946 in der United National Party (UNP) auf. Die UNP, auch „Uncle-Nephew-Party“ genannt, war eine Patronagepartei, deren Spitze sich aus den Angehörigen ihrer Gründungsfamilien rekrutierte. Die Leitung der Partei oszillierte zwischen mehrfach miteinander verschwägerten Familien. 1951 spaltete sich ein Teil der UNP-Honoratioren ab und gründete eine zweite singhalesische Großpartei, die Sri Lanka Freedom Party (SLFP). Die UNP galt als konservativ, verwestlicht und unternehmerfreundlich; die SLFP firmierte als linke, indigen-singhalesische Partei der Kleinbauern und der Landbevölkerung. Die SLFP setzte sich in den kommenden Jahrzehnten für eine klare Vormachtstellung der Singhalesen ein (Woodward 1969). Die tamilischen Politiker engagierten sich in der UNP und verschiedenen tamilischen Parteien (Tamil Congress; Federal Party; seit 1976 vereinigt in der Tamil United Liberation Front, TULF). Dies führte von Beginn an zur Zersplitterung der tamilischen Wählerschaft. Das wiederum schwächte die Möglichkeit der Tamilen, sich geschlossen gegenüber den Singhalesen zu positionieren. Die tamilischen Parteien koalitierten/ duldeten darüber hinaus immer wieder singhalesische Regierungsparteien, ohne jedoch eine Verbesserung für die tamilische Bevölkerung zu erreichen.

Obwohl die Verfassung zunächst einen formalen Minderheitenschutz vorsah, schafften die Singhalesen diesen in der Folgezeit schrittweise demokratisch ab. 1949 entzog die UNP den Plantagen-Tamilen über ein „Einbürgerungsgesetz“ de facto das Bürgerrecht. Ein Großteil der Tamilengruppe wurde nach Indien repatriert, den Verbleibenden wurde das Bürgerrecht angeboten. Mit dem Einbürgerungsgesetz verloren 50 Prozent der Tamilen das Wahlrecht. Die SLFP machte 1956 Singhalesisch zur Nationalsprache und das Bildungssystem wurde verstaatlicht: 1960 trat Singhalesisch als neue Parlamentssprache, 1961 als landesweite Gerichtssprache an die Stelle des Englischen, allerdings waren auch alle anderen Sprachen zugelassen bzw. wurden, wenn nötig, übersetzt. Examen für den öffentlichen Verwaltungs- und Unternehmenssektor wurden zwar in Tamilisch und Singhalesisch abgehalten, tamilische Bewerber mussten aber Kenntnisse des Singhalesischen nachweisen, sonst drohte ihnen ab 1964 die Entlassung bzw. ein Beförderungsstopp. 1960 wurden die Primar- und Sekundarschulen verstaatlicht. Offiziell garantierte der Staat den Unterricht in Tamilisch und Singhalesisch, nicht zuletzt, um dem Vorwurf einer erzwungenen Assimilation entgegenzutreten zu können. Formell blieb es den Eltern überlassen, welche Unterrichtssprache sie für ihre Kinder wählten. Faktisch fehlte es in tamilischen Gebieten an singhalesischen Lehrern. Den Tamilen war es dementsprechend erschwert, das notwendige Singhalesisch zu lernen. Auch aus dem

²⁰ Ceylon hatte ein parlamentarisches System mit zwei Kammern und Mehrheitswahlrecht ohne besondere Quotenregelung für die Minderheiten.

weiterführenden Bildungswesen wurden die Tamilen seit den 1970er Jahren zurückgedrängt. Um den Anteil der Studenten aus ländlichen Gebieten zu erhöhen, führte die SLFP ein territoriales Quotensystem ein. Davon profitierten real weniger die Bewerber aus ländlichen Bereichen als vielmehr die Kinder der singhalesisch-kleinstädtischen Mittelschicht, deren Eltern der SLFP nahestanden. Auch auf die Wirtschaft nahmen die singhalesischen Regierungen großen Einfluss: Unternehmen wurden verstaatlicht, die Einstellung und Beförderung von Tamilen begrenzt. Sukzessive verdrängte man die Tamilen aus der expandierenden staatlichen Wirtschaft und der Beamtenschaft. Die Sicherheitskräfte wurden nach und nach mit Singhalesen durchsetzt (Burger 1987: 822-833; Gunasinghe/Sivathamby 1989: 237-257) und es begann eine Politik der Landerschließung durch Bewässerungsanlagen und der Ansiedlung von Singhalesen im Nord-Osten (Wickremeratne 1977b: 144-171; Balakrishnam 1977: 193-212). 1972 führt die SLFP eine neue Verfassung ein. Der Buddhismus und die singhalesische Sprache erhielten verfassungsmäßigen Vorrang. Sri Lanka wurde zu einem zentralisierten und einheitlichen Staat erklärt.²¹ Das setzte den Autonomiebestrebungen der Tamilen eine enge Grenze. Vereinbarungen zwischen tamilischen Parteien und der singhalesischen Regierung zugunsten einer stärkeren Teilhabe der tamilischen Bevölkerung wurden von letzterer immer wieder gebrochen.

Seit Mitte der 1970er Jahre erhielt das Regierungssystem autoritäre Züge: Oppositionellen Politikern erkannte eine parlamentarische Untersuchungskommission 1978 die politischen Ehrenrechte ab. 1979 wurde aus dem parlamentarischen System eine Präsidialdiktatur, in der der Präsident alle wichtigen Entscheidungsbefugnisse, kleine Parteien durch eine Sperrklausel (12,5 bzw. 5 Prozent) benachteiligt und der Sieger durch Bonussitze begünstigt wurde. Die nächsten Jahre nutzte die UNP zudem, um die unabhängige Rechtsprechung zu schwächen und die Administration mit eigenen Parteigängern zu durchsetzen.²² 1981 bot die Regierung den Tamilen zwar eine Einsetzung von lokalen Verwaltungseinheiten an, die der Minderheit mehr politische Mitspracherechte übertragen sollte, de facto besaßen diese kaum Einfluss und Befugnisse. Während der Implementierung brachen ferner inselweite Unruhen aus, die zu systematischen Plünderungen tamilischer Geschäfte und Häuser, zur Verfolgung, Misshandlung und Ermordung zahlreicher Tamilen führten. 1982 wurden die anstehenden Parlamentswahlen mit der Ausrufung des Ausnahmezustands umgangen. 1983 brach schließlich, ebenfalls nach inselweiten Unruhen, der offene Bürgerkrieg zwischen den tamilischen Rebellen und der singhalesischen Regierung aus. Verschiedene Friedensinitiativen zur Beilegung des Bürgerkrieges blieben ohne Erfolg. 2009 gelang es dem Militär schließlich, die Widerstandsbewegung militärisch zu besiegen.²³

3.2. Das ökonomische Setting und die Politik der Eliten

Die auf Eigenversorgung gerichtete Wirtschaft Ceylons formten die Briten zu einer exportorientierten Volkswirtschaft, getragen von den Plantagen (zunächst Kaffee, dann Tee, in geringerem Maße auch Kokosnuss, Kautschuk und Cinchona) und den städtischen Zentren, um. Nur das tamilische Territorium im Norden blieb ökonomisch weitgehend unerschlossen;

²¹ Vgl. Obeyesekere 1979, 1992; Kreuzer/Weiberg 2005. Der Buddhismus erhält eine prioritäre Rolle (Art. 9); der Staat muss für seinen Schutz und seine Förderung sorgen (Art. 10 und 14). Zum „unitary state“ Wilson 1988.

²² Die Richter wurden unter die Aufsicht der Exekutive gestellt; missliebige Kandidaten abgesetzt. Vgl. Samaraweera 1977: 353-375 und Rogers 1987.

²³ Zur ausführlichen Darstellung der politischen Entwicklung vgl. Weiberg-Salzman 2011.

eine Ausnahme bildete der Ausbau der extensiven Gartenwirtschaft. Nach der Unabhängigkeit blieb die Plantagenwirtschaft das Rückgrat der sri-lankischen Wirtschaft. Seit den 1950er Jahren sah sich das Land jedoch mit schwankenden Weltmarktpreisen und zunehmender globaler Konkurrenz konfrontiert. Die wachsenden Importe von Grundnahrungsmitteln und der Abfall des Exports führten zu einer steigenden Belastung des Staatshaushaltes. Einen industriellen Sektor gab es nicht. Es existierten nur einige zum Plantagensektor gehörige Industrien wie z. B. Tee- und Kokosverarbeitung. Erst nach und nach etablierten sich kleinere Manufakturbetriebe (Seife, Glas, Papier und Zement). Der größte Teil der Bevölkerung bestand aus Kleinbauern. Eine Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel einer Diversifizierung der Exportgüter und dem Aufbau einer heimischen Industrie wäre notwendig gewesen, um die ökonomische Lage zu verbessern. Die herrschenden Familien profitierten aber ausnahmslos von den bestehenden Strukturen: Die Singhalesen des Tieflandes waren mit dem Handel an der Küste aufgestiegen, die Hochland-Singhalesen besaßen große Plantagen im Kernland der Insel und die Jaffna-Tamilen besetzten die obere Administration und die wichtigen akademischen Berufe. An einer großen Landreform sowie an der Förderung der Industrie und der Privatwirtschaft lag ihnen wenig, da dies bedeutete, dass sie einen Teil ihrer ausgedehnten Besitzungen verloren, Konkurrenz durch eine neue Industrieelite bekommen und sich eine städtische Arbeiterbewegung gebildet hätte. Die politischen Eliten suchten deshalb einen anderen Weg, um die Wünsche ihrer ruralen Wählerschaft zu befriedigen. Die Masse der Bevölkerung erwartete nämlich einen sozio-ökonomischen Aufstieg, zumindest aber eine Partizipation am Wohlstand – im Sinne einer grundlegenden Versorgung. Die Lösung der Probleme war die Ethnisierung und Nationalisierung der Wirtschaft, ein Ausbau des Wohlfahrtsstaates (u.a. Ernährungsprogramme, kostenlose Schul- und Universitätsausbildung, kostenlose Basisgesundheitsfürsorge) und Landerschließungsprogramme.²⁴ Die Landerschließung konzentrierte sich dabei auf den (Nord)Osten - traditionell tamilisches und muslimisches Bevölkerungsgebiet - in dem nun Singhalesen umgesiedelt wurden.²⁵ Unter der SLFP wurden zudem in den 1960er Jahren große Teile der Wirtschaft nationalisiert bzw. verstaatlicht. Der Staat entwickelte sich zum größten Wirtschaftsakteure und Arbeitgeber der Insel. Diese Wirtschaftspolitik schaffte zwar Arbeitsplätze, immer mehr Menschen hingen aber von einem konstanten BIP ab und konkurrierten um eine begrenzte Anzahl an Jobs. Bis zum Beginn der 1970er Jahre ging die Strategie der Eliten noch auf, weil eine gewisse Umverteilung von höher gestellten städtischen zu den ruralen mittleren Klassen stattfand. Durch begrenzte Durchsickerungseffekte konnten zunächst auch die unteren Bevölkerungsgruppen profitieren (Uphoff/Wanigaratne 1982: 479-547). Auch durch die „grüne Revolution“ und Importrestriktionen wurden die „Smallholdings“ begünstigt. Die ländliche Kleinbourgeoisie profitierte auch von der expansiven Bildungspolitik und lokalen Patronagenetzwerke. Durch die Bildungsexpansion erreichten sie höhere berufliche Qualifikationen und besetzten Fachkräftestellen (z. B. Lehrer, Ingenieure, Verwaltung), die bis dahin den Kindern der Plantagenindustriellen vorbehalten gewesen waren. Ferner ermöglichte die Politisierung der ländlichen Gebiete einen Aufstieg in der Parteienhierarchie des Dorfes. Nach

²⁴ Dies war ferner eine Reaktion der konservativen Eliten auf den Wählerzulauf, den die linken Parteien nach der Unabhängigkeit erhielten. Ein Linksruck hätte die dominante Stellung der Elite bedroht und eine ethnische Solidarisierung befördern können.

²⁵ Die Umsiedlung machte die Singhalesen in den folgenden Jahrzehnten in manchen Gebieten zur Mehrheit, in anderen wurden die Wahlkreise zu ihren Gunsten angepasst vgl. Swaminathan 2004.

und nach wurde der Staat zum (alleinigen) Zentrum der Ressourcenverteilung. Er kontrollierte große Teile der Wirtschaft, ihm gehörte das meiste Land, die Bewässerungssysteme und die dazugehörige Infrastruktur, er kontrollierte auch den Im- und Export sowie alle wichtigen Konsumprodukte und monopolisierte ganze Wirtschaftszweige. Behörden des Staates „regelten“ und „überwachten“ den Warenverkehr. Die den einzelnen Ministerien zugeordneten Behörden erlaubten es den Politikern, direkt auf die Unternehmen zuzugreifen. Aufträge und Rechte wurden deshalb nicht nach volkswirtschaftlichen Kriterien vergeben, sondern nach klientelistischen Gesichtspunkten. Zudem forderten die Vertreter der staatlichen Behörden auch Leistungen und Gefälligkeiten von der Wirtschaft ein. Korruption, Bestechung, Betrug und Unterschlagung grassierten überall. Für die Politiker ging es dabei zum einen um Selbstbereicherung, zum anderen um die Versorgung der eigenen politischen Klientel. Die Erwartungshaltung und Versorgungsmentalität der Bevölkerung sowie der Habitus der Eliten, als Patron für entsprechende Güter ihrer Wählerklientel zu sorgen, „zwang“ die singhalesischen Eliten, die Tamilen wirtschaftlich auszugrenzen. Tamilen wurden nur noch in geringem Umfang, d. h. sogar unterhalb ihres prozentualen Bevölkerungsanteils, eingestellt. In den verstaatlichten Unternehmen arbeiteten nach Schätzungen 98-99 Prozent Singhalesen. Die Verstaatlichung der Bereiche hatte zusätzlich die Arbeitsplätze im privaten Sektor verringert, so dass es immer schwieriger wurde, der staatlichen Marginalisierungspolitik auszuweichen. Den tamilischen Politikern dagegen fehlte weitgehend der Zugriff auf die staatlichen Ressourcen.

Die Liberalisierung der Wirtschaft durch die UNP nach 1977 bremste die Entwicklung insofern, als sie die Wohlfahrtspolitik etwas einschränkte. Aber auch sie schaffte die Subventionen nicht ab, da diese ein wesentlicher Baustein waren, um politische Stabilität zu gewährleisten und den Anschein sozialer Gleichheit aufrechtzuerhalten. Unter der UNP vergrößerten nur noch bestimmte Wirtschaftssektoren (z. B. Baugewerbe, Importhandel) ihren Einkommensanteil, während der Einkommensanstieg der übrigen Mittelklasse und der unteren Bevölkerungsgruppen durch die Inflation und den Rückgang der staatlichen Subventionen wieder aufgezehrt wurde (Goonatilake 1988: 187-233). Die wenigen Ressourcen wurden ferner immer stärker entlang politischer Opportunitäten und enger Zugehörigkeiten verteilt. Diese Begrenzung traf die rurale Jugend besonders hart: Sie musste feststellen, dass die Elite, nicht anders als zu Kolonialzeiten, keineswegs bereit war, die politische Macht und die wirtschaftlichen Güter mit ihnen zu teilen. Diese Einsicht war umso schmerzhafter, als ihre Erwartungen und Ansprüche mit dem Ausbau der Sozial- und Wohlfahrtspolitik gestiegen waren. Die Sozial- und Wohlfahrtssysteme hatte auch eine erhebliche Auswirkungen auf die Bevölkerungsdynamik gehabt: die Bevölkerung wuchs, die Sterberate sank und die Lebenserwartung stieg. Die Konkurrenz um die abnehmenden Staatsleistungen war entsprechend hoch.²⁶ Da die landwirtschaftliche und industrielle Siedlungs-, Nationalisierungs- und Entwicklungspolitik primär die Mehrheitsbevölkerung versorgte, wurden die Tamilen immer stärker auf die nördliche Halbinsel Jaffna zurückgedrängt (Hellmann-Rajanayagam 1990: 2). Gleichzeitig sorgte der Bevölkerungsdruck dafür, dass den Tamilen Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des Nordostens entzogen waren. Gerade für die gut ausgebildeten tamilischen Jugendlichen war der Zugang zu den begehrten Jobs im staatlichen

²⁶ Seit den 1970er Jahren sank die Rate des Bevölkerungswachstums wieder, was auf die zunehmende Schulbildung von Frauen, ihr steigendes Heiratsalter, ihren Eintritt in die Erwerbsarbeit und ihre insgesamt veränderte soziale Stellung zurückzuführen war.

Sektor verschlossen, ohne dass sie auf andere Alternativen ausweichen konnten. Während in der Sprachenfrage und bezüglich der Schulbildung von der Regierung zumindest geringe Zugeständnisse gemacht wurden, blieb die Lage auf dem Arbeitsmarkt unverändert (Wilson/Dalton 1982). Nur in der Hauptstadt hatte die Wirtschaftspolitik der UNP positive Effekte für die Tamilen, die allerdings nicht intendiert, sondern ein Nebenprodukt der Liberalisierungsmaßnahmen waren (Sanmugathasan 1984: 72). Hier profitierten Tamilen, weil viele Einzelhandelsbetriebe, kleine Lebensmittelläden, Import-Export-Firmen und Schmuckgeschäfte durch die Liberalisierung entstanden.

Eine ungebildete Bevölkerung wäre möglicherweise mit der durch die Wohlfahrts- und Subventionspolitik insgesamt verbesserten Lebensbedingungen zufrieden gewesen. Seit den 1950er Jahren war der Bildungsweg vom Kindergarten bis zur Universität aber kostenlos. Dadurch stieg nicht nur die absolute Alphabetisierungszahl, es nahm auch beständig die Anzahl derer zu, die einen höheren Bildungsabschluss erreichten. Bildung war seit der Kolonialzeit traditionell der Weg zum sozialen Aufstieg. Für die unteren Gesellschaftsschichten war Bildung zudem oft die einzige Möglichkeit, sozial aufzusteigen. Seit Beginn der 1970er Jahre wurden die Folgen der Wirtschafts- und Sozialpolitik offensichtlich: Das Bildungssystem hatte einen riesigen Überschuss an „falsch“ ausgebildeten Jugendlichen produziert, für die es weder im privaten noch im staatlichen Sektor entsprechende Arbeitsplätze gab. Gleichzeitig stieg zu diesem Zeitpunkt, im Vergleich zu den 1960er Jahren, die offene Arbeitslosigkeit dramatisch an (Lakshman 2004: 273-299; Jayasuriya 2004: 403-425). Bei den Arbeitslosen handelte es sich vorwiegend um junge Menschen aus den ländlichen Gebieten mit hohem Bildungsabschluss. Die Erwartungen dieser hoch politisierten, sozialistisch geprägten Jugendlichen konnte die sri-lankische Wirtschaft angesichts eines nur mäßigen Wachstums und wenig diversifizierter Sektoren nicht erfüllen. Zwar entstanden durch die Liberalisierung neue Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und der Manufaktur bzw. der Industrie sowie im Handel, aber nicht die gewünschten staatlichen oder halb-staatlichen Jobs mit der Aussicht auf eine lebenslange Beschäftigung, saubere Arbeit und gute Pension. Tätigkeiten in der privaten Wirtschaft waren vielen Jugendlichen zu unsicher, die Arbeit zu hart, die Bezahlung und das soziale Prestige zu gering.²⁷

3.3. Ideologische Determinanten: Der ethno-(religiöse) Nationalismus

Vor der Kolonialisierung war Sri Lanka nie eine staatliche oder nationale Einheit gewesen. Ein Bewusstsein gemeinsamer Identität existierte nicht. Gemeinschaft und Identität wurden von lokalen, familialen, kastenförmigen oder religiösen Gesichtspunkten geprägt. Ethnische Kriterien waren kein vorrangiges Differenzierungsmuster, sondern ein Identitätsmarker unter zahlreichen anderen. Bis etwa 1920 herrschte bei den tamilischen, muslimischen und singhalesischen Eliten ein inklusives Staats- und Nationenverständnis vor, das im gemeinsamen „Kampf“ gegen die Kolonialmacht und dem Ziel der Unabhängigkeit begründet lag. Gemeinsamkeiten bildeten die Ähnlichkeit ihres sozialen und ökonomischen Status sowie die englische Erziehung und Sprache. Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts änderte sich dies. Die in den Augen der Bevölkerung verwestlichte Elite suchte nach einem „link“, um die Wähler dauerhaft an sich zu binden. Die Nutzbarmachung von Ethnizität bot die besten Aussichten, um die Ziele der Elite zu verwirklichen. Nach der Unabhängigkeit wurde

²⁷ Für eine ausführliche Darstellung der ökonomischen Faktoren vgl. Weiberg-Salzmann 2011.

der Faktor „Ethnie“ zu dem wichtigsten Distinktionskriterium zwischen den Gruppen und zu der dominanten Größe bei der Verteilung staatlicher Ressourcen.²⁸ Das entsprach auch den tiefsitzenden Loyalitäten der Elite, die sich zwar den Kolonialmächten in Habitus, Kleidung und westlicher Bildung angenähert hatte, deren traditionelle Bindungen (nach Familie, Ethnie, Religion oder Sprachgruppe) aber erhalten geblieben waren. Auch innerhalb der weitgehend apolitischen Bevölkerung bildete sich die Selbstdefinition und Zugehörigkeit entlang dieser Linien. Begriffe wie Gemeinwohl und objektive Kriterien der Staatsbürgerschaft waren weit weniger anschlussfähig.

Um eine homogene Nation zu formen, die Bevölkerung zu integrieren und die eigene Macht zu sichern, „interpretierte“ die singhalesische Elite ihre historische Vergangenheit nach der Unabhängigkeit neu. Mit Hilfe alter buddhistischer Chroniken schufen sie ein Konstrukt, in dem sich Ethnie, Territorium und Religion zu einer untrennbaren Einheit verbanden. Aus diesem Mythos leiteten sie den Nachweis für die Vorrangstellung der Singhalesen in Staat und Gesellschaft ab. Die offizielle singhalesische Geschichtsschreibung berief sich auf einen Mythos, nach dem Sri Lanka und die Singhalesen von Buddha erwählt wurden, um das Überleben des Buddhismus zu sichern und sein Erbe zu bewahren. Ein idealisierte Bild früher friedlich, ländlich-buddhistischer Dorfgemeinschaften prägte den Mythos. Nach Meinung der Singhalesen wurde ihre Goldene Zivilisation im Verlauf der Jahrhunderte von einfallenden Tamilen und Einwirkungen des Westens zerstört oder gefährdet. In ihrer Vorstellung verbanden sich die Sri Lanka-Tamilen mit den Millionen Tamilen Südindiens (Tamil Nadu). Man fürchtete – durch eine Intervention Indiens oder den weiteren Zuzug indischer Plantagenarbeiter – zu einer Minderheit im eigenen Land zu werden.²⁹ Die Geschichte war ein unaufhörlicher Kampf um die Selbstbehauptung des singhalesisch-buddhistischen Volkes. Der neue Staat musste darum vor allem die Bedürfnisse der Singhalesen berücksichtigen und die Tamilen zurückdrängen (Wilson 1988: 32). Die Forderung nach mehr Rechten für die Tamilen, eine föderale Staatsform oder gar eine Eigenstaatlichkeit war ein absolutes Tabu, da dies die (sakrale) Einheit des Staates gefährdete. Der Buddhismus konnte nur in einem singhalesisch-dominierten Sri Lanka überleben, in einem „unitary state“ (Einheitsstaat). Er wurde vom singhalesisch-buddhistischen Herrscher (bzw. Staat) geschützt und leitete diesen seinerseits. Kam der Herrscher seiner Fürsorgepflicht nicht nach, verlor er seine Legitimation. Selbst die Präsidialverfassung wurde buddhistisch gerechtfertigt, da vorgeblich nur ein starker buddhistischer Führer das „Dharmadwipa“ (=Insel des Dharma) wiederherstellen konnte. Durch buddhistisch inspirierte Gerechtigkeitsvorstellungen sollte eine vom politischen System gelenkte „righteous society“ entstehen.³⁰

Durch Politiker und Medien verbreitete sich diese Ideologie in der Bevölkerung. Indigene Wissenschaftler übernahmen zudem fragliche Ergebnisse europäischer Rasse- und Sprachuntersuchungen und forschten weiter in diese Richtung. Ergebnisse, die nicht der prominenten Vorstellung von der glorreichen singhalesischen Kultur und Vorherrschaft entsprachen, wurden vernachlässigt. Eine dritte Verbreitungsebene und Autoritätsinstanz waren die Mönche. Sie glauben nur zu gerne an die neue Geschichtsversion, die dem buddhistischen Orden (Sangha) eine wichtige Position zuwies. Religiöse Institutionen waren in jedem Dorf

²⁸ Bereits seit den 30er Jahren verstärkten sich die Bestrebungen der Singhalesen, den neuen Staat im Sinne der Mehrheitsbevölkerung als singhalesisch-buddhistische Staatsnation zu konzipieren.

²⁹ In Tamil Nadu (südindischer Bundesstaat) lebten 1949 ca. zwanzig, heute ca. sechzig Millionen Tamilen.

³⁰ Vgl. Manor 1984; Rösel 1996; Schalk 2003.

präsent und bilden (bis heute) die lokale Autorität. Aus religiösen, gesellschaftlichen oder politischen Erwägungen und später aus innerer Überzeugung antizipierte eine wachsende Masse der Bevölkerung das Geschichtsbild. Die neue Einheit in der singhalesischen Gruppe führte zur Abgrenzung und wachsender Intoleranz gegenüber der Kolonialmacht/ dem Westen, Andersdenkenden und -gläubigen sowie den eigenen Minderheiten (Kearney 1973). Da für die Tamilen in diesem Nationalstaat nur wenig Platz blieb, verschärften sich die Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen (Coomaraswamy 1993: 74-97). Als Reaktion entwickelte sich ein tamilischer Nationalismus. Sprache, lokaler Raum und Kultur waren seine bedeutenden Identitätsmarker. Inhaltlich forderte er zunächst eine besondere Berücksichtigung der tamilischen Sprache und Kultur innerhalb des sri-lankischen Staats und regionale Quoten. Die abschließende Formierung fand er Mitte der 1970er Jahre in der Radikalisierung.³¹ Geprägt von der Marginalisierung und sozialistischen Ideen begannen sich junge Tamilen gegen die Regierung und die eigene Elite aufzulehnen. Das militante Vorgehen der LTTE veränderte die Intention des tamilischen Nationalismus. Das betraf zum einen das Ziel – von der Forderung nach Föderation zur Sezession – und zum anderen das Vorgehen – von Verhandlungen und friedlichen Protesten zur Gewalt. Die Tamilen baten die Singhalesen nicht länger um Zugeständnisse, sondern forderten ihre Rechte ein. Auch sozialstrukturelle Fragen, die Kastenstruktur und Eliteherrschaft bezog die LTTE mit ein. Bis Ende der 1970er Jahre fand der Separatismus in der Bevölkerung jedoch kaum Anhänger. Da die tamilischen Parteien aber politisch erfolglos blieben, nahm der Einfluss der LTTE sukzessive zu. Letztendlich konnte das politische System den ideologisch politisierten Buddhismus aber dauerhaft nicht kontrollieren. Der Kontrollverlust zeigte sich insbesondere in der Ausweitung der Gewalt: 1956 wurde der Premierminister von einem radikalen Mönch ermordet. Zugeständnisse der Regierung an die Tamilen wurden wiederholt mit Hilfe des Sangha und der politischen Opposition verhindert.³² 1956, 1958 und 1977 kam es zu Ausschreitungen gegen die Tamilen; 1983 brach nach schweren Unruhen der offene Bürgerkrieg aus. Die Rechtfertigung für die Pogrome zog der marodierende singhalesische Mob aus dem Sinhala-Buddhismus. Mönche beteiligten sich außerdem aktiv an Ausschreitungen und protestierten hinterher bei der Regierung vehement gegen eine Entschuldigung und Entschädigungen. Seit Ende der 1980er Jahre legitimierten die Mönche auch das Militär und den Krieg und boykottierten jeden Versuch, eine friedliche Lösung zu finden.³³ Eine Machtteilung mit den Minderheiten lehnten sie kategorisch ab und verlangten eine militärische Vernichtung der „Terroristen“ (Bartholomeusz 2002: 124). Der Krieg gegen die tamilischen Rebellen erfuhr so eine religiöse Rechtfertigung als „gerechter Krieg“. Die Idee eines religiösen „righteous war“ (dharma yuddhaya) wurde im öffentlichen Diskurs von der Sangha aufrechterhalten und der Politik an Stelle von politischen Mitteln genutzt, um den Konflikt „zu lösen“ und Gewalt zu rechtfertigen. Gewalt war kein Widerspruch zum Buddhismus mehr, sondern eine Voraussetzung zur Errichtung der Dharmagesellschaft. Ein gerechter Führer mit der richtigen Intention war legitimiert, Krieg zu führen. Das Ideal der Gewaltlosigkeit musste, wenn es gute Gründe dafür gab, zurückgestellt werden. Einige radikale Mönche fordern sogar die Übergabe

³¹ Zur Herausbildung der tamilischen Identität und des Nationalismus vgl. Hellmann-Rajanayagam 2007.

³² Vgl. den gescheiterten Bandaranaike-Chelvanayakam-Pakt 1957, den Senanayake-Chelvanayakam-Pakt 1965, den Indo-Sri-Lankan-Peace-Accord 1987 und die Kumaratunga-Devolutionsvorschläge 1995 und 2000.

³³ In religiösen Texten wurden z.B. xenophob-militante Inhalte verbreitet. Demnach erreicht man durch den militärischen Kampf gegen Feinde des Buddhismus das Nirvana und das Töten eines Ungläubigen war erlaubt.

der Staatsleitung an den Sangha, da angesichts des Versagens der Politik nur er in der Lage sei, den Untergang zu verhindern. Diese Forderung kulminierte 2004 in der Gründung einer religiösen Partei, der Jathika Hela Urumaya (= National Sinhala Heritage Party, JHU), deren Abgeordnetenmandate ausschließlich buddhistischen Mönchen vorbehalten waren. Seit 2005 koalierte die JHU mit der regierenden SLFP von Präsident Rajapakse (als United Peoples Freedom Alliance, UPFA).³⁴

3.4. Kulturelle Determinanten: Kommunalismus und Patronage

Die gewaltsamen Widerstandsbewegungen in Sri Lanka werden in den meisten Studien auf ethnische oder ökonomische Faktoren zurückgeführt. Übersehen wird häufig, dass tiefer liegende, kulturelle Ordnungs- und Strukturmuster die Basis der späteren ethno-(religiösen) Spaltung, der ökonomischen Exklusion und der Hinwendung zur Gewalt bildeten. Konflikte zwischen und innerhalb der Bevölkerungsgruppen waren in Sri Lanka tief in den traditionellen Sozial- und Ordnungsstrukturen verankert und übergreifende kooperative Verhaltensmuster kaum vorhanden. Primordiale Statusgruppen wie Kaste, Familie/ Clan und später Ethnie blieben das organisatorische Zentrum und integrative Moment. Mit der Demokratie wurden die alten (Macht-)Konstellationen und -kämpfe nicht aufgelöst, sondern verschärften sich unter dem Konkurrenzdruck des demokratischen Wettbewerbs. Ein multikultureller Staat und Konzepte von allgemeiner Wohlfahrt blieben reine Akklamation.³⁵ Eine weitgehend ignorante Bevölkerung mit traditionellen Vorstellungen von Führerschaft und Respekt und eine selbstbezogene Elite bildeten das instabile Gleichgewicht der Politik. Es war eine Art feudales System „(...) that promoted benevolent authoritarianism on one side and unquestioned obedience and loyalty on the other side“ (Kariyakarawana/ Wijesinghe 1981: 212).³⁶ In der nachkolonialen Transformation erwies sich Gewalt dabei wiederholt als probates und nützliches Mittel der Interessendurchsetzung und Bedürfnisartikulation. Verhandelt wurde hingegen nur, wenn die gewalthaltigen Optionen erschöpft waren und nicht umgekehrt.³⁷ Gewalt wurde schließlich zu einem generellen Mittel der Konfliktlösung, das präventiv und reaktiv eingesetzt wurde, wobei sich verschiedene Gewaltursachen überlagerten (Meyer 2003: 148). Die permanente Anwendung von Gewalt führte wiederum zu einer Institutionalisierung der Gewaltstrukturen sowie zu einer Proliferation der Gewaltakteure und Anlässe.

3.4.1. Kommunalistische Konfliktebenen

Im Inneren war Sri Lanka weniger eine homogene Einheit als eine Konföderation heterogener Gemeinschaften, deren externe und interne Gruppenloyalitäten häufig konfligierten bzw.

³⁴ Zur ausführlichen Darstellung des (religiösen) Ethnonationalismus vgl. Weiberg-Salzman 2011.

³⁵ „If you look at the nature of this country, this is a very heterogeneous collection of ethnic groups and nationalities, different languages. But of course this is a predominately Sinhala-Buddhist country (...)!“ (Interview paraphrasiert/übersetzt mit N.V.K.K. Weragoda, General Secretary United National Party, 27.03.2006 Sri Lanka).

³⁶ „Thinking about the history all the time we have had kings. Even after the British come to power – the British king. Since 1977 we have the presidency. So in the mind of the people the leader has always been a king. Now the president is elected as the Prime Leader, some sort of king“ (Interview Kamal Nissanka, General Secretary, Liberal Party, 29.03.2006 Sri Lanka).

³⁷ „(...) The thing that makes the UNP think of ceasefire [seit dem Jahr 2000, Anm. M. W.-S.] and so on, was because they had no other options left. It was because of fear (...)!“ (Interview mit Gajendrakumar Ponnambalam, General Secretary, All Ceylon Tamil Congress, 27.03.2006 Sri Lanka). „Erst seit die LTTE gewaltsam gegen die Regierung vorging, wurden die Tamilen als gleichwertig mit den Singhalesen angesehen“ (Interview paraphrasiert/ übersetzt mit Viraj Mendis, Diaspora-Singhalese in Deutschland, 29.10.2006).

entgegengesetzt waren. Konzeptionell lassen sich die bestehenden Ordnung- und Strukturebenen mit dem Begriff des Kommunalismus (insbesondere in Form von „familialism“, „castism“ und „regionalism“) erfassen.³⁸ Gesellschaftsübergreifende Kooperation und Inklusion waren in diesem System die Ausnahme, sie bezogen sich primär auf die eigene Familie, Kaste oder regionale Gruppe. Auch innerhalb der ethnischen Gruppen bestand kein übergreifendes System der allgemeinen Wohlfahrt, sondern der Einzelinteressen und sektoralen Distribution. Demokratische Aspekte der Chancengleichheit fielen hinter diese Kriterien zurück. Die Eliten beider Seiten waren nicht in der Lage, die kommunalistischen Spaltungen zugunsten eines inklusiven Staats- und Nationenverständnis aufzubrechen bzw. sie konservierten die gesellschaftlichen Strukturen, um die eigene Machtposition zu sichern. Mit der Übernahme dieser Strukturen in das demokratische System verloren die Konflikte ihre lokale Begrenzung und eskalierten national in die Gewalt.

Der Familialismus und der Kampf um das Familienprestige sind wichtige Faktoren in der sri-lankischen Politik. Die politische Elite Sri Lankas rekrutiert sich aus wenigen Familien und Verwandtschaftsgruppen, die um die Macht konkurrieren. Diese Familien und Clans stellten schon vor der Unabhängigkeit die Führung der kommunalen Gemeinschaft als Mudaliyars oder Vel Vidane und waren nach 1948 Mitglieder des Parlaments, Administratoren, Rechtsanwälte, Richter, Ärzte, Plantagenbesitzer, Bankvorstände, Wirtschaftsmagnate und Armeeführer geworden.³⁹ Zwischen den Familien kam es einerseits zu opportunistischen Zusammenschlüssen durch ein Geflecht aus angeheirateten und immer wieder erneuerten Familienbanden, gleichzeitig aber auch zu Zusammenstößen über den Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft. Politik in Sri Lanka war immer auch die Konkurrenz zwischen den aufgestiegenen Familien und den ursprünglich machtvollen Clans, die versuchten, ihren Status quo zu halten. Aber nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Clans gab es vielfach Rivalitäten über die soziale Höherstellung der einzelnen Familienzweige und Personen. Der Anspruch auf die Führung in einer Gruppe führte zu persönlichen Auseinandersetzungen und gewalthaltigen Fehden (Malhotra 2004: 46). Diese vor der Unabhängigkeit vorrangig lokalen, sozio-ökonomischen Konflikte der Familien verlagerten sich nach der Unabhängigkeit auf die parteipolitische Ebene (Banks 1969: 61-77). Zahlreiche Parteineugründungen, Splitterparteien und Mehrfachmitgliedschaften waren ein Symptom dieser Konfliktlinien. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts reduzierte entgegen der Erwartungen die Anzahl der Mitglieder aus traditionellen Familien nicht, sondern festigte deren Position (Hulugalle 1975: 101). Theoretisch konnte man aus einer niederen Kaste oder Familie aufzusteigen, die Mehrzahl der einflussreichen Ämter wurde aber weiterhin von den

³⁸ Vgl Ryan 1953. Inhaltlich bezeichnen der Term Kommunalismus (wandlungsfähige) religiöse, ethnische, nationalistische, kastenbasierte oder regionale Ordnungs- und Organisationsformen, die nach außen auf sozialer oder sektiererischer Diskriminierung beruhen und gleichzeitig bestimmte Gruppen nach innen als Gemeinschaft zusammenschließen. Häufig trägt er eine negative Konnotation von Rückständigkeit und Irrationalität. Angemessener wäre es allerdings ihn als wertneutrale Ordnungs- und Analysestruktur mit spezifischen Inhalten zu fassen. Als soziale Struktur ist er durchaus essentialistisch und endemisch, in seiner historischen Ausprägung muss man ihn allerdings als qualitativ neue Phänomene einordnen, da er neue Gruppen und politische Verwertbarkeiten geformt hat.

³⁹ Der Mudaliyar ist eine Person ersten Ranges in der tamilischen Gesellschaft. Unter den Kolonialmächten war der Mudaliyar ein offizieller Titel bzw. ein Amt, das an loyale indigene Eliten vergeben wurde, vgl. Irschick 1994. Der Vel Vidane ist der lokale singhalesische Verwaltungsleiter und oft Vorsitzender der Bewässerungsprojekte. Zu den Verwandtschaftsbeziehungen der Elite vgl. Wickramasinghe/Wickramasinghe 2005.

Nachfahren der alten Eliten und ihren Verbündeten monopolisiert, auch wenn die Zusammensetzung des Parlaments heute stärker diversifiziert ist.⁴⁰ Systemisch lässt sich dieses Hybrid aus traditionellen Elementen und demokratischen Institutionen als „dynastischen Demokratie“ beschreiben.⁴¹ Dynastische Familienzugehörigkeit ermöglichte und erleichterte den Zugang zu politischen Ämtern, reichte aber nicht aus, um dem Kandidaten dauerhaft die Macht zu sichern, wenn eine entsprechende patronale Performanz (Fürsorge, Wohltätigkeit, Durchsetzung von Macht) fehlte. Familienzugehörigkeit blieb aber ein wichtiges Kriterium, schon bei der Auswahl der Kandidaten durch die Partei.⁴² Das Modell der dynastischen Demokratie bedeutete nicht nur, dass Familienmitglieder einander nachfolgten, sondern auch, dass die Familie möglichst viele Ämter bei sich konzentrierte. Beispielhaft ist hier die Ratwatte-Dias-Bandaranaika-Familie, aber auch der Clan des derzeitige Präsident Rajapakse. Die reale Macht der Familien beruhte häufig auf ländlichen Wahlbezirken, in denen ihre Verwandtschaftsgruppe über ausgedehnte Besitzungen verfügte. Nicht selten sprach man davon, dass ganze Bezirke zu „einer Familie gehörten“. Die dynastische Herrschaft war nicht nur ein Mittel des Machterhaltes, sondern tief im Selbstverständnis der herrschenden Gruppe verankert. Ihrer Meinung nach boten sie der Bevölkerung einen „great service“, dessen Berechtigung sich aus einer jahrhundertealten kulturellen Tradition ableiten ließ.⁴³ Bis auf eine schmale Schicht hatte die breite Masse wenig gegen dieses Modell einzuwenden – solange sie davon profitierte.

Obwohl das Kastensystem bei den Singhalesen weniger restriktiv war als bei den Tamilen, waren die Auswirkungen auf das politische System auf beiden Seiten ähnlich.⁴⁴ Fast alle singhalesischen politischen Führer kamen aus gut situierten Familien der Goyigama-Kaste (höchste Kaste). Das galt, mit Ausnahme der JVP, auch für die linken Parteien (Baxter et al. 1993). Aber selbst die JVP hatte ein Übergewicht von Führungskadern aus der Karava-Kaste (Mayer et al. 2003a: 25). Auf tamilischer Seite rekrutierte sich die Führung ebenfalls aus den oberen Kasten (Vellala). Auch die Parteien und Gewerkschaften der Plantagen-Tamilen wurden von den obersten Kasten geführt. Mit der Kolonialisierung der Insel waren Handwerker- und Händlerkasten aufgestiegen, die die Dominanz dieser Landbesitzerkasten in Frage stellten. Auf tamilischer Seite v. a. die Karaiyar und auf singhalesischer Seite im

⁴⁰ Auf lokaler Ebene gibt seit Mitte der 1950er Jahre eine neue indigene Mittelschicht-Elite. National änderte sich die soziale Zusammensetzung des Parlaments erst in den 1970er Jahren. Kleine Geschäftsleute, Angestellte und Lehrer kamen über SLFP und später die UNP ins Parlament. Die tamilischen Parteien rekrutierten weiterhin aus den akademischen Berufen. Erstaunlicherweise trugen auch die linken Parteien wenig dazu bei, dass sich die soziale Schichtung im Parlament differenzierte. Hier findet man die stärkste Sektion der oberen Mittelklasse mit westlicher Bildung (Jupp 1977: 483-499).

⁴¹ Zum Konzept der Dynastie und Schwächung der Institutionen durch das dynastische Prinzip vgl. Gill 1997.

⁴² „Conditions for the candidates are: Contribution to the party, how long they have been members, basic things like education, employment and income; than family, if his father and his grandfather have been a member of the party“ (Interview mit N.V.K.K. Weragoda, General Secretary United National Party, 27.03.2006 Sri Lanka).

⁴³ „Wahlen verlaufen in Sri Lanka nach folgendem Muster: Der lokale Politiker kommt einmal im Jahr und vor der Wahl im Ort vorbei und macht der Bevölkerung Versprechungen. Diese konnte zwar wählen, die Wahl orientiert sich aber immer noch an traditionellen Mustern: man wählt die Partei, die man schon immer gewählt hat, möglichst innerhalb der eigenen Ethnie oder Kaste oder bestimmten Familienclans, die die Posten in familialer Erbfolge weitergeben. Auf dem Land folgt man immer noch dem lokalen „Hauspolitiker“, z. T. wurden die Leute durch massive Einschüchterung auch gezwungen ihre Stimme für einen Kandidaten abzugeben. (Interview paraphrasiert/übersetzt mit Mitarbeiter einer politischen Stiftung (anonymisiert), Sri Lanka 20.05.2004).

⁴⁴ Zur Reproduktion der Kastenstruktur vgl. Führer-Haimendorf 1966; Jayaraman 1975. Zur Funktion und Bedeutung von Kaste heute vgl. Searle-Chatterjee/Sharma 1994.

Tiefeland die Karava und Salagama; sie nahmen den Habitus der traditionellen Elite an und erklärten ihren Anspruch auf denselben sozialen und politischen Status.⁴⁵ Diese Konkurrenz führte seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu gewalttätigen Zusammenstößen. Neben der Konkurrenz um die Führungspositionen innerhalb der führenden Kasten gab es Konflikte zwischen den oberen und unteren Kasten. U.a. löste die Abschaffung der Privilegien für Vellala-Schüler Ende der 1920er Jahre auf Jaffna erhebliche Proteste mit gewaltsamen Zusammenstößen aus. Auf den Plantagen kultivierten die Vorarbeiter Konflikte und Kastendifferenzen oft noch, um eine gemeinsame Klassenbildung der Arbeiter zu verhindern (Emmanuel et al. 2004: 30f, 35). Das allgemeine Wahlrecht betrachteten die Eliten beider Ethnien als „dangerous mob-rule“. Nach der Demokratisierung spielte die Kastenzugehörigkeit weiterhin eine wichtige Rolle in den Parteien: Kandidaten wurden entsprechend aufgestellt und die politischen Vertreter waren den eigenen Kastenmitgliedern gegenüber nachweislich responsiver bezüglich von Entwicklungsprogrammen, Jobs und anderen Leistungen.⁴⁶ Insgesamt folgte die gesellschaftliche Struktur und das kulturelle Muster der Prämisse: erst die Familie/ Clan, dann die eigene Kaste, dann die ethnische Gemeinschaft (nach sprachlich-religiöser Loyalität). Jede Gruppe sah sich selbst dabei als am meisten benachteiligt und in der Opferrolle.⁴⁷ Die Verantwortlichkeit allein der eigenen Gruppe gegenüber dominierte weithin das Verhalten der Politiker und war allgemein akzeptiert. Entsprechend war der erklärte Kommunalismus die grundlegende Ideologie eines Politikers.⁴⁸ Prominent war die Sichtweise, dass „(...) a ruler who could not help his family and friends and harm his enemies was not good at all“ (Malhotra 2004: 26).

3.4.2. *Konflikthafte Handlungspraxen: Klientelismus und Patronage*

Während sich die Ordnungs- und Sozialstrukturen auf der kognitiven Ebene durch das Konzept des Kommunalismus beschreiben lassen, findet es sich auf der Ebene der (faktischen) Handlungspraxen als Patronage wieder. Patron-Klient Strukturen sind in Südasien der dominante Modus zur Regulierung sozialer Austauschbeziehungen. Auch in Sri Lanka bilden Patronagenetzwerke zwischen Elite und Bevölkerung die Grundlage der sozialen, politischen und ökonomischen Distribution. Patronagesysteme existierten auf der Insel schon lange vor der Unabhängigkeit und standen in engem Bezug zur vorkolonialen Wirtschaftsform. Ähnlich einem Gutsherren versorgte der Land besitzende Patron die rurale Bevölkerung mit Arbeit, Schutz und Fürsorge. Der Klient schuldete dem Patron Gefolgschaft

⁴⁵ Die Karaiyar, etwa zehn Prozent der Sri-Lanka Tamilen, waren ursprünglich Fischer. Später rekrutierte die LTTE hier ihre Kader. Das singhalesische Pendant waren die Karava, von denen sich viele der SLFP und der JVP anschlossen (vgl. Roberts 1982). Die Salagama waren ursprünglich Zimtschäler.

⁴⁶ Ryan 1953: 264, 275f. „Kaste spielt weiterhin eine große Rolle in Politik und Gesellschaft, obwohl niemand darüber sprach, nie etwas in den Zeitungen steht und es auch nicht zum offiziellen Diskurs gehörte oder gesagt wurde, das gibt es nicht mehr. Aber wenn die Wahlen kommen, wissen die Parteisekretäre genau, wen sie zu nominieren hatten, von welcher Kaste oder Familie. Sogar die JVP richtet sich danach. Auch die Mönche, das war eine absolute Kastensache (Interview mit Mitarbeiter der Managing Trustee Initiative for Political and Conflict Transformation (anonymisiert), Sri Lanka 27.05.04). Bei den niederen Kasten bestand zudem die Tendenz, höhere Kasten zu wählen, anstatt aus ihrer niedrigen Kaste selbst Kandidaten zu bestimmen (Interview mit Raja Collure, General Secretary United Socialist Alliance und Chairman, Official Languages Commission, Sri Lanka 21.03.2006).

⁴⁷ Interview paraphrasiert/übersetzt mit Mitarbeitern einer INGO (anonymisiert), Sri Lanka 24.03.2006).

⁴⁸ „People getting easily attracted by communal feelings and emotional political campaign. You cannot expect a person not to have communal feelings. (...) Politicians taking advantage of this“ (Interview mit H. Nazeer Ahamed, Leader, Democratic Unity Alliance und Adviser to the President, 23.03.2006 Sri Lanka).

und stellte ihm seine Arbeitskraft (später seine Wählerstimme) zur Verfügung (Landé 1973: 103-127). Von den Patronagenetzwerken hing traditionell die Macht- und Sozialpositionen der Elite ab. Je mehr Klienten ein Patron hatte, desto höher war seine Position. Und je stärker und durchsetzungsfähiger der Patron, desto besser auch die Position seiner Klienten. Die Demokratie bewirkte eine Verlagerung, aber kein Verschwinden der Patronagestrukturen.⁴⁹ Traditionelle Patron-Klient Beziehung amalgamierten mit demokratischen Systemelementen. Patronage wurde in einer politisierten Form zur informellen Praxis des politischen Systems (vgl. auch Valenca 1999).

Das traditionelle Patronagesystem in Sri Lanka beruhte auf dem Senioritätsprinzip und familialer Tradition. Patrone waren Landbesitzer, die über Pächter und Lohnarbeiter eine ständige Gefolgschaft besaßen. Ressourcen, über die der Patron verfügte, waren Land, Sicherheit und Rechtsprechung. Der Klient konnte im Gegenzug Gefolgschaft und Dienst anbieten (Landé 1973: 105). Die lokalen Patrone bildeten ein hierarchisches Netzwerk von Statusgleichen und Ranghöheren, an dessen Spitze die höchsten Kasten und schließlich der König standen. Getragen wurde die Patron-Klient Verbindung von einer reziproken persönlichen Beziehung zwischen dem Klienten und dem Patron, bei der der Klient monetäre Zuwendung, soziale Hebung oder Fürsorge erwartete. Das Besetzen einer hohen Position im sri-lankischen Sozialgefüge implizierte bestimmte Vorstellungen der direkten Reziprozität zwischen Klienten und Patron und der sozialen Verantwortung gegenüber der Klientelgruppe. Aufgabe des Patrons war es, der eigenen (kommunalistischen) Gruppe einen Teil der Ressourcen zu sichern. Zwischen Patron und Klient gab es zwar keine schriftlichen Vereinbarungen, der drohende Ehr- und Vertrauensverlust disziplinierte aber Patron wie Klient und bewahrte ein System der wechselseitigen sozialen Kontrolle. Soziale Kohäsion und Verwandtschaft waren die ökonomische und soziale Grundlage der Dörfer und die Garantie für gegenseitige Hilfe. Ein Verstoß gegen die Regeln des Dorfes wurde sanktioniert, stigmatisiert, schlimmstenfalls mit dem Ausschluss aus der Gemeinschaft bestraft. Die dörflichen Siedlungen gehörten zu verschiedenen Familien, die untereinander um die höchste Position im Sozialgefüge (z. B. durch Anerkennung und Gefolgschaft) konkurrierten. Ziel eines Patrons war es, über eigene lokale Klienten zu verfügen. Der „Besitz“ von Gefolgschaft galt als ein klares Zeichen von sozialer (später auch politischer) Führerschaft. Konzepte wie „pirisa“ (= „folgen, Gefolgschaft“) bildeten einen traditionellen Umverteilungsmechanismus. Anschlussfähig war das Patronagesystem zudem an die buddhistische Auffassung, dass der Herrscher für das Wohlergehen seiner Untergebenen zu sorgen hatte. Konflikte waren im traditionellen Patron-Klient System nicht selten: Sie entstanden aus dem Wettkampf der Patrone um Klientel und aus der Konkurrenz der Klienten um einen starken Patron, der ihre Bedürfnisse erfüllte und Zugehörigkeit zu einem angesehenen „Haus“ sicherte. Oft war die Beziehung zwischen Patron und Klient auch weit weniger reziprok als die Theorie suggerierte. Statt Gegenseitigkeit, Treue und Dienst war sie geprägt von Willkür seitens des Patrons (Burkolter-Trachsel 1981). Die „Freiwilligkeit“ des Klienten beruhte nicht selten auf

⁴⁹ Häufig wird die Patronage als Überbleibsel vormoderner Organisationsformen betrachtet, das mit der Modernisierung verschwinden sollte. Dementgegen zeigte sich eine starke Beharrungskraft der Patron-Klient Netzwerke und deren Fähigkeit, sich mit modernen Strukturierungsformen zu verbinden (Eisenstadt/ Roniger 1980: 42-77). Dadurch entstanden neue, komplexe Formen der Patronage (Hüstebeck 2004). Zu patronal-klientelistischen Netzwerken vgl. auch Migdal 1988; Johnson/Dandeker 1990: 219-242; Khan 1998: 111-127.

Abhängigkeit, Manipulation, Drohungen und Gewalt (Stein 1984: 33). U.a. wurde Gewalt von Seiten der Patrone eingesetzt, um Aufwärts-Mobilitätsbewegungen zu unterdrücken und das hierarchische Gesellschaftsmodell zu erhalten. Wichtig aber war, dass die Konflikte und die Gewalt zwischen Patron und Klienten oder Patron und Patron in Reichweite und Ausmaß lokal begrenzt waren.

Unter der kolonialen Herrschaft blieben diese Strukturen bestehen, wenn sich der Kreis der Patrone auch um neue Eliten (Beamte und Händler) erweiterte. Nach der Unabhängigkeit musste die Patronagekultur den politischen Faktor (Staat, Demokratie, Parteien) mit einbeziehen. Patrone dieser Generation mussten über Beziehungen zur Politik verfügen oder möglichst selbst Politiker in einer der großen Parteien sein. Vom Erhalt eines Postens in der Administration oder in der Politik hing nicht nur die Machtposition des Einzelnen, sondern auch der gesellschaftliche Status des Clans ab. Eng verbunden mit einer führenden Stellung blieben bestimmte Reziprozitätsvorstellungen: Soziales Ansehen konnte man nur erwerben, wenn man die eigene Klientel ausreichend versorgte. Dabei handelte es sich um direkte Reziprozität, nicht um allgemeine Versorgungsleistungen des Staates. Die Kontrolle über die Gefolgschaft (Wähler) der Patrone wurde durch eine nachgeordnete, zweite Gruppe von lokalen Personen („Brokern“) vermittelt, die selber als „kleine“ Patrone agierten. Der lokale Patron vermittelte eine Beziehung zwischen Klient (Wähler) und nationalem Patron (Abgeordneter im Parlament). Die Leistung des Klienten bestand in der Unterstützung der Wahlkampagnen des Patron und der „richtigen“ Stimmabgabe bei der Wahl. Als Gegenleistung wurden Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Land usw. verteilt (Jayantha 1992). Die Broker waren meist lokal angesehene Personen aus dem öffentlichen Dienst, ökonomisch und beruflich erfolgreich und aus einer guten Familie.⁵⁰ Nicht selten standen sie auch den örtlichen Kooperativen oder Gewerkschaften vor und waren als Geldverleiher tätig. Um nach den Wahlen auch angemessen berücksichtigt zu werden, unterstützten die reicheren Familien vielfach Politiker beider großen Parteien.⁵¹ Zwischen den Patronen herrschte eine permanente Konkurrenz um die wirtschaftlich und politisch lukrativen Positionen, die gleichzeitig die soziale Stellung bestimmten. Die Bevölkerung ihrerseits war auf einen regionalen Patron angewiesen, um – ähnlich einem Trickle-down-Effekt – in der Verteilung berücksichtigt zu werden. Aus dieser Konkurrenzsituation erwuchs ein Mangel an kooperativem und inklusivem Verhalten, da jeder Patron bestrebt sein musste, für die eigene Klientel Ressourcen zu generieren, um seinem Status als Patron und der Reziprozitätsforderung gerecht zu werden. Die Konkurrenz wurde umso erbitterter als die zu verteilenden Ressourcen abnahmen.

Eine entlang der Parteilinien organisierte Patronage wurde die Grundlage des politischen und administrativen Systems (Roll 2003). Die realen Zentren der Macht waren die nationalen Ministerien. Von hier aus gelang es den Politikern, bis in die kleinsten Orte vorzudringen und tief in den Alltag der Bürger einzugreifen. Das lag zum einen an den hierarchischen vertikal verlaufenden Patronagestrukturen, zum anderen an der zentralistisch-staatlichen Struktur, die

⁵⁰Bis Anfang der 1940 Jahre handelt es sich um die lokalen Mudaliyars oder Village Headmen. Sie repräsentierten die lokale Elite unterhalb des Patrons. Das „Headmanship“ wurde oft innerhalb einer Familie weitergegeben. Das Amt garantierte eine Fülle von Machtbefugnissen (u. a. Erheben von „Steuern“, Verteilung von Lizenzen). In den 1960er Jahren wurde das Amt geschwächt und durch einen staatlichen Beamten ersetzt, der i.d.R. weniger historische und soziale Verbindung zum Ort hatte und keine traditionelle Wahlgefolgschaft sichern konnte.

⁵¹ Gespräch in Kandy und Briefwechsel mit Mitarbeiter des Fisheries Community Development and Resources Management Project, Ministry of Fisheries and Ocean Resources, Sri Lanka 06.06.04.

der nationalen Ebene alle Machtressourcen in die Hand gab. Dadurch konnten sich nationale Konflikte bis auf die lokale Ebene auswirken. Distrikt und Kommune besaßen kaum eigene Kompetenzen und Ressourcen, waren materiell unterausgestattet und von den Zuweisungen der nationalen Ebene abhängig. Mit einer Direktive konnte der Minister zu jeder Zeit direkt Einfluss nehmen, was eine selbstständige Arbeit auf Distrikt- oder Kommunalebene nahezu unmöglich machte (Knight-John 2002). Die Distriktverwaltungen waren diffuse Netzwerke, in denen sich die Autorität von Ministern, Parlamentsabgeordneten und Broker überlagert. Sie dienen vorrangig der Verteilung von Patronagestellen, waren weder unabhängig noch repräsentativ.⁵² Oft arbeiteten Departments unterschiedlicher nationaler Ministerien parallel zueinander, weil sich die Aufgabenbereiche überschneiden - teilweise gehörte ein Aufgabenbereich zu sechs unterschiedlichen Ministerien. Daraus ergaben sich vielfältige Konflikte, da Behörden und Ministerien um dieselben Pfründe konkurrierten. Weil die Aufgabenverteilung zwischen und innerhalb der Ministerien war unklar, es gab Streit um Zuständigkeit, Rivalitäten über Mittelzuweisung und politische Blockaden.⁵³ Zudem begann eine Politisierung des lokalen sozialen Raumes. Organe kommunaler Selbstverwaltung wurden durch die Parteien absorbiert und ihre Anzahl vervielfacht. Die lokalen „Reading Rooms“, Gemeinschaftshäuser und Entwicklungsgesellschaften wurden zu Plattformen der nationalen Parteien wurden (Uphoff/Wanigaratne 1982: 479-545). Ihren genuinen Aufgaben – dezentrale Entwicklungsorganisation der ländlichen Gebiete – kamen sie allerdings nicht nach. In den Agenturen bestimmten weiterhin persönliche Beziehungen und Abhängigkeiten den Alltag. Die Leiter der Organisationen erhielten den Spitznamen „corporation mudaliyars“ bzw. „corporation ratemahatmayas“ (Roberts 1979: 50).⁵⁴ Ohne einen „chit“ (Empfehlungsschreiben eines Abgeordneten) oder Bestechung waren kaum Arbeits-, Ausbildungsplätze oder staatliche Leistungen zu erhalten.⁵⁵ Verschiedene nationale Untersuchungskommissionen und ein Verfassungszusatz (17/2001) änderten an dieser Situation nichts.

3.4.3. *Hybrid-demokratische Systeme und Gewalt*

Bezüglich der Faktoren Konflikt und Gewalt boten die Ordnungsmuster weitgehende Anknüpfungspunkte. Diese lagen zum einen in der Struktur der kommunalistischen Patronage

⁵² „Das große Problem war die Unfähigkeit des Zentrums, die Macht zu teilen. Das war eines der Hauptprobleme, bis heute gibt es keine (wirkliche) Machtteilung“ (Interview paraphrasiert/übersetzt mit Kumar Rupesinghe, Chairman, Foundation for Co-Existence, Sri Lanka 26.05.2004). „Zwischen Distrikt und nationaler Ebene gibt es kaum Kooperation, selbst die gewählten lokalen Vertreter kennen ihre Rechte und Pflichten oft nicht. Sie wissen nicht, dass die Distrikte ihnen Geld zuweisen müssen, wo sie welche Gelder abrufen können. Wurden sie aber nicht abgerufen, tut die nächsthöhere Ebene nichts, um dies zu befördern“ (Interview mit Mitarbeiter einer politischen Stiftung (anonymisiert), Sri Lanka 20.05.2004).

⁵³ Informelles Gespräch mit Mitarbeitern von Hilfsorganisationen in der Ost-Provinz, Sri Lanka Juni 2004. Vgl. auch Wanasinghe 2003: 80-103, insbesondere S. 90-103.

⁵⁴ „However, allocations in the market domain are often made in terms of patron-client relationships, rather than in terms of impersonal market relationships. There is a new content in the old structure. (...) The importance of patronage becomes clear as the local patron who supports the current political party is allowed to distribute jobs (...)“ (Gamburd 1975: 126). Ratemahatmayas sind die (feudalen) lokalen Oberhäupter.

⁵⁵ „Ich möchte gerne als Lehrerin arbeiten oder bei der Regierung. Einen entsprechenden Schulabschluss habe ich. Das waren gute Jobs. Saubere Jobs, gut bezahlt und weniger Arbeit. Aber die bekommt man nicht. Nicht, weil da keine waren. Die waren da, aber man muss die richtigen Leute aus der Partei kennen, sonst bekommt man keinen. Ich kenne niemanden. Die Jobs bei den Privaten, die gibt es, aber die waren alle schlecht bezahlt und hart. Jetzt warte ich, weil die UPFA (Regierungskoalition der letzten Präsidentin C. Kumaratunga, Anmerkung M. W.-S.] uns neue Arbeit versprochen hat. Man konnte nichts tun als warten“ (Interview paraphrasiert/übersetzt mit singhalesischem Hotelpersonal, Sri Lanka 25.05.2004).

selbst und zum anderen in der Affirmation der Patronage auf das demokratische System begründet. Auch die Tendenz zur Zentralisierung, die die lokale Konkurrenz verstärkte und nationale Konflikte auf die lokale Ebene übertrug (und umgekehrt), spielte eine Rolle. In einem patronalen System, das auf Gegenseitigkeit beruhte, konnte eine ökonomische Krise, Bevölkerungswachstum usw. leicht den Ausschluss ganzer Bevölkerungsteile bedeuten bzw. soziale Unruhen auslösen. Bei einer Struktur, die auf die eigene Verwandtschaftsgruppe ausgerichtet war und kein System der allgemeinen Wohlfahrt und Inklusion kannte, musste eine Ressourcenverknappung zu einem Anstieg des inner- und interethnischen Wettbewerbs führen. Die Hemmschwelle, diesen Wettbewerb mit Gewalt auszutragen, war umso niedriger, als objektive Strukturen fehlten und direkt personalisierte Abhängigkeitsverhältnisse überwogen. Brachen diese Kontakte weg, war man der Willkür anderer Akteure oder den Unzulänglichkeiten des Systems ausgeliefert. Bei Patronen wie Klienten erhöhte dies die Notwendigkeit, das System zu manipulieren oder über Gewalt zu den eigenen Gunsten zu verändern und festzuschreiben. Das dauerhafte Niederhalten politischer Opponenten und die Zerstörung ihrer Errungenschaften erschienen aus Gründen des Prestiges und zum Erhalt der eigenen Macht notwendig.

Patron-Klient Netzwerke haben erhebliche Auswirkungen auf demokratische Systeme: sie verschließen de facto offene Räume, die durch Demokratisierung entstanden sind, teilweise wieder. Der Zugang zu diesen Räumen ist dadurch nicht für alle Gesellschaftsmitglieder gleich, obwohl dies formell so sein sollte. Gleichzeitig werden verlässliche administrative und rechtsstaatliche Strukturen durch persönliche Abhängigkeiten ersetzt. Häufig bilden kommunalistische Merkmale das Bindeglied zwischen Patron und Klienten. In demokratischen Systemen blieben diese Merkmale, zumindest theoretisch, ebenso bestreitbar (und damit konfliktuell) wie die Hierarchien zwischen Patron und Klient. Patron-Klient Beziehungen überlagern institutionelle Arrangements, indem sie formelle Zugangsbedingungen durch eine Kombination aus generellen (z. B. kommunalistische Solidarität und Loyalität) und spezifischen (ökonomische und politische Leistungen) Austauschbeziehungen ersetzen. In Patron-Klient Beziehungen monopolisiert und vermittelt der Patron den Marktzugang ebenso wie die Nutzung der öffentlichen Güter. Der Klient kann diese für ihn wichtigen Ressourcen gegen andere „Güter“ tauschen; beispielsweise können Wahlstimmen gegen Entwicklungsprojekte oder Arbeitsplätze getauscht werden. Wohlfahrtsmaßnahmen wurden von den Wählern als selbstverständliche Gegenleistung erwartet.⁵⁶

Traditionell waren Klient-Patron Beziehungen auf Dauer angelegt, wobei sich der Patron in einer strukturell besseren Position befand. Der Klient war auf den Patron angewiesen, weil es für ihn kaum alternative Ressourcenzugänge gab, der Patron hingegen konnte aus einer Vielzahl von Klienten wählen (Perera 1985: 24). In modernen Staaten wurden traditionelle Patron-Klient Beziehungen aus mehreren Gründen problematisch: Durch die (soziale) Mobilität stieg die Möglichkeit der Klienten, sich einen Patron zu wählen oder den Patron zu

⁵⁶ „Dieses gilt nicht nur für die großen Parteien, sondern auch für die kleineren. So startete die JVP 2004 eine Haus-zu-Haus-Kampagne bis in die hintersten Dörfer. Als direkte Gegenleistung wurden den Wählern materielle Leistungen angeboten. Dafür kann man die Leute nicht verantwortlich machen. Das war es wie das politische System im Osten arbeitet“ (Interview mit Karu Jayasuriya, Deputy Leader UNP, Sri Lanka 28.05.2004). „In Sri Lankan politics welfarism has become a fact. So people who support a party expect something vice versa (...)“ (Interview mit Kamal Nissanka, General Secretary, The Liberal Party, 29.03.2006 Sri Lanka).

wechseln. Der Patron verlor zudem zunehmend seine Autonomie, da er in komplexe Netzwerke mit Statusgleichen und Hierarchiebeziehungen mit Ranghöheren eingebunden war. Der Patron musste Allianzen eingehen und war auf der übergeordneten Ebene selbst Klient. In dezentralen Systemen galt die Loyalität immer dem eigenen übergeordneten Patron, d. h. Patrone der zweiten oder dritten Ebene hatten keinen direkten Zugriff auf die Klienten der untergeordneten Patrone. In einem zentralistischen System fehlt dieser „Schutzmechanismus“: Der oberste Patron konnte entsprechend bis auf die unterste Ebene durchgreifen. Die kleinen Patrone waren stark von den nationalen Abgeordneten abhängig und einer großen internen Konkurrenz ausgesetzt. Der moderne Staat bot dem Patron zwar ein neues Feld der Ressourcengenerierung, das er zur Stabilisierung seiner patronalen Rolle einsetzte. Andererseits hinderten formelle Mechanismen – wie der Wahlzyklus – ihn daran, diese Ressourcengenerierung auf Dauer zu etablieren (Kreuzer/Weiberg 2007). Die neuen Beziehungen zwischen Patron und Klient waren durch den Wahlrhythmus instabil und kurzlebig. Der Patron musste sich entsprechend überlegen, wie er mit der Fluktuation von Klienten und dem Verlust von Ressourcen umging. Räumliche Nähe, persönliche Kontakte und kommunalistische Bindungen konnten die wechselseitigen Loyalitäten nur begrenzt aufrechterhalten. Politische Machtwechsel waren zudem typisch für Sri Lanka. Und da dreißig Prozent der Bevölkerung keine festgelegte Parteienbindung besaßen, war de facto jede Wahl offen (Interview mit N.V.K.K. Weragoda, General Secretary UNP, 27.03.2006 Sri Lanka). Seit Beginn der 70er Jahre setzte sich eine Situation der totalen Konkurrenz durch, in der die bei den Wahlen unterlegene Partei komplett aus dem Verteilungssystem ausgeschlossen wurde. Gerade wegen des regelmäßigen demokratischen Machtwechsels handelten die Politiker nach der Devise „the winner takes it all“.⁵⁷ Die Mitglieder der Gewinnerpartei monopolisierten nach den Wahlen alle Ämter und verteilen sie an ihre Gefolgsleute. Dies steigerte die Anzahl der gewaltsamen Zusammenstöße, weil Gewalt nicht nur als Mittel zur Absicherung vor den demokratischen Wahlen eingesetzt wurde, sondern auch nach den Wahlen als Rache der bis dahin Ausgeschlossenen endemisch war.⁵⁸ Auch die Veränderung des Wahlsystems hin zu einem listenbasierten Verhältniswahlrecht erhöhte das Gewaltpotenzial, weil es Zusammenstöße nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch innerhalb der eigenen Partei förderte (Konkurrenz um die vordersten Listenplätze). Um die eigene Macht dauerhaft zu stabilisieren, um Rivalen einzuschüchtern und zu beseitigen oder um das Prestige des Patron zu heben, erschien die Anwendung von Gewalt notwendig. Dabei überlagerten sich politische und persönliche Ziele. Oft lag scheinbar politischen Konflikten auch die Konkurrenz um einen lokalen sozialen Status zugrunde. Dem drohenden Kontrollverlust wurde auch deshalb mit Gewalt entgegengewirkt, weil der Patron kein Interesse an einem kooperativen Umfeld oder an Kompromissen hat, denn „(...)

⁵⁷ „Alle Ereignisse wurden in Sri Lanka nach einem Schema geordnet: Was der andere bekommt konnte ich nicht bekommen – an eine langfristige Vergrößerung des Kuchens denkt niemand. Und seit dem Friedensprozess: was man nicht über Verhandlung bekommt, das muss man mit Gewalt einfordern. Konflikte wurden lange heruntergeschluckt bis es dann zur plötzlichen Eruption kommt“ (Interview mit dem Mitarbeiter einer Hilfsorganisation in Jaffna (anonymisiert), Mai 2004 Sri Lanka).

⁵⁸ „Die Gewalt bei den Wahlen war allerdings weniger allgemeine Frustration als eine Abrechnung zwischen den Anhängern der Parteien. Vor der Wahl war man bestrebt alles zu tun, damit die eigene Partei die Wahl gewinnt, denn nur so konnte man sich Ressourcen sichern. Nach der Wahl kommt es zur großen Abrechnung, sofern die Opposition an die Macht gekommen war. Die bisher Vernachlässigten rechnen mit den lokalen Machthabern ab. Der Gewinner erhielt alles, der Verlierer nichts“ (Interview paraphrasiert mit Mitarbeiter der Arbeitsgruppe der Geberländer (anonymisiert), Sri Lanka 19.05.2004).

Patronage requires the hostile universe it mediates“ (Stein 1984: 33). Mit Gewalt wurde der Klient überzeugt, dass es außerhalb der Patronagebeziehung keine alternative Form der Absicherung des eigenen Lebens und der eigenen Interessen gab. Mit Gewalt konnten auch konkurrierende Patrone zurückgedrängt werden. Und Gewalt war schließlich das Mittel, mit dem sich ausgegrenzte Gruppen wieder Zugang zu den Ressourcen verschaffen wollten. Zur Absicherung der eigenen Macht oder zur Verteidigung gegen Konkurrenten hielten sich viele Politiker eigene Polizei- und Armeekräfte, paramilitärische Verbände, private Schlägertrupps und Todesschwadronen (N. N. 1984). Damit stellten sie das staatliche Gewaltmonopol in Frage und schufen die Grundlage für gewaltoffene Räume und eine Kultur der Straflosigkeit, in der Gewalt nicht sanktioniert, sondern honoriert wurde. Gleichzeitig hatten sie mit Hilfe politischer Transfers und politischer Verfolgung/ Schikane das Sicherheits- und Justizsystem patronal durchdrungen. Konzepte von Loyalität und Patronageverpflichtungen setzten das demokratische Rechtsverständnis außer Kraft. Die Persistenz der Gewalt und die Allgegenwärtigkeit der Gewaltsysteme führte schließlich innerhalb der Bevölkerung zur Akzeptanz von Gewalt als notwendiger Strategie, um Ziele zu erreichen, und zur Paralyse der friedlichen Zivilgesellschaft.

3.4.4. *Die tamilische Minderheit in der kommunalistisch-patronalen Demokratie*

Die Tamilen gehörten bis zur Unabhängigkeit aufgrund ihrer Beziehung zur Kolonialmacht und ihres Bildungsvorsprunges zur nationalen Elite. Nach 1948 mussten sie sich gegen die zahlenmäßig überlegenen Singhalesen durchsetzen, in einem System das Mehrheiten institutionell privilegierte. Darüber hinaus agierten sie in einem kulturellen Setting, das kommunalistisch geprägt war und in dem es für Vorstellungen von „allgemeinen und gleichen Rechten“ nur wenig Anschlusspunkte gab. Intern entlang von Kasten-, Verwandtschafts- und Regionengrenzen fragmentiert, gelang es den Tamilen erst zu spät, eine gemeinsame Position zu finden. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Singhalesen sie bereits marginalisiert. Aus der doppelte Anhängigkeit vom Zentrum - als Peripherie und als ethnische Minderheit – folgte eine doppelte Marginalisierung.

Spätestens Ende 1930er Jahre wurde der singhalesischen Elite klar, dass sie trotz der inner-ethnischen Differenzen zusammenarbeiten musste, wenn sie ihre Macht behaupten wollte. Zum einigenden Element wurde die Abgrenzung gegen die Tamilen und die Betonung der eigenen Ethnizität. Damit war der erste Schritt in Richtung eines ethnischen Kommunalismus getan, obwohl sich noch deutlich die familialen und regionalen Unterschiede innerhalb der singhalesischen Gruppen zeigten.⁵⁹ Die alte tamilische Elite erkannte zu spät, dass ihre Zukunft nicht in der Kooperation mit den Singhalesen lag, sondern in einer starken tamilischen Parteienfront, der Zusammenarbeit mit den indischen Tamilen oder den Muslimen. Die lange anhaltende Fraktionierung auf tamilischer Seite verhinderte, dass sich frühzeitig eine starke Gegenmacht zu den Singhalesen herausbildete. Stattdessen biederte sich die Elite bei den singhalesischen Parteien an, weil sie immer noch auf die Ähnlichkeiten im sozialen Status, der englischen Erziehung und den ökonomischen Interessen setzte. 1949 stimmten sie mit der UNP für den Entzug der Staatsbürgerschafts- und Wahlrechte der indischen Tamilen. Selbst in den Hochzeiten der Marginalisierung in den 1950er und 1960er

⁵⁹ „It was expected that there should be some kind of cohabitation, but because of strong polarized parties and personalities it was not practiced“ (Interview mit Raja Collure, General Secretary United Socialist Alliance und Chairman Official Languages Commission, 21.03.2006 Sri Lanka).

Jahren arbeiteten die tamilischen Politiker mit der singhalesischen Elite zusammen. Die innersinghalesische Fraktionierung, die noch vor der Unabhängigkeit ein Vorteil für die Tamilen bot, verkehrte sich nach Gründung einer zweiten singhalesischen Partei aber in einen entscheidenden Nachteil: Egal mit welcher Partei die Tamilen paktierten, die jeweils andere boykottierte die Verhandlungen oder den Kompromiss, um sich selbst als Beschützer des singhalesischen Volkes und des Buddhismus zu präsentieren. Tamilische Bewegungen wie der „Jaffna Youth Congress“- getragen von progressiven tamilischen Akademikern - die die Bildung einer inklusiven sri-lankischen Nation sowie radikale gesellschaftliche Veränderungen (u. a. das Ende der Kastendiskriminierung) forderten, wurde von der traditionellen Elite boykottiert. Eine Machtteilung mit der Bevölkerung oder neuen Eliten war auch auf tamilischer Seite nie vorgesehen. Die Zersplitterung in verschiedene Parteien konnte erst 1976 mit der Gründung der TULF überwunden werden und da war es bereits zu spät. Die Tamilen standen einer pan-singhalesischen Interessenpolitik und der ethnischen Schließung des demokratischen Systems hilflos gegenüber und wurden sukzessive aus dem Verteilungssystem und von den lukrativen Posten ausgeschlossen.

Auch die starke patronale Zentralisierung des Systems war für die Tamilen ein Hindernis. Selbst wenn „ihre“ Politiker an den lokalen Regierungen beteiligt waren, fehlte ihnen der persönliche Kontakt zur nationalen Ebene. Da die Wahlen im Norden und Osten nur unregelmäßig oder gar nicht stattfanden, fiel zum Teil sogar die lokale politische Schaltstelle weg. Die tamilischen Eliten konnten ihrem Status als Patron nicht gerecht wurde, weshalb die Guerilla schließlich diese Position übernahm. Die LTTE bot (in Grenzen) Sicherheit und Schutz, ein ökonomisches Auskommen, Ansehen und Ehre. Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges reduzierte sich die staatliche Entwicklungstätigkeit im Nordosten immer mehr, was die klientelistischen Strukturen noch verabsolutierte: Der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen wie Arbeit, Märkten und Behausungen war seit den 1990er Jahren vollständig abhängig von Netzwerken, die von lokalen Brokern, wenigen nationalen Abgeordneten bzw. der LTTE kontrolliert wurden. Selbst die Binnenflüchtlinge des Bürgerkrieges wurden durch ihre Clans und/ oder Kastennetzwerke in die Patron-Klient Strukturen absorbiert. Diese Bindungen implizierten Rechte und Verpflichtungen, die über das übliche Maß in Sri Lanka hinausgingen, weil überhaupt keine Wahlmöglichkeiten bestanden. Ethnische Zugehörigkeit begründete dabei nur einen formellen Anspruch, entscheidend für die Aktivierung waren persönliche und familiale Loyalitätsbeziehung.

4. Der gewaltsame Aufstand der singhalesischen und tamilischen Jugend

Sri Lanka wurde durch zwei Szenerien extremer Gewalt geprägt: die Aufstände singhalesischer Jugendlicher im Süden des Landes 1971 und 1987-89 sowie die Rebellion der tamilischen Jugendlichen seit 1972 und der folgende Bürgerkrieg seit 1983. Beide Szenerien waren beispielhaft für das Verhältnis von Regierten und Regierenden (Spencer 2000: 120-140) und die Austragung von Konflikten zwischen ihnen. Seit den 1970er Jahren begann sich sowohl die tamilische wie die singhalesische Jugend gegen die Monopolstellung der Eliten aufzulehnen. Seit der Unabhängigkeit hatten die Eliten der Bevölkerung durch den Ausbau des Bildungs- und Wohlfahrtssektors suggeriert, dass der soziale Aufstieg für alle möglich sei. Demokratisches System und sozialistische Ideen der linken Parteien versprachen ihnen de facto eine gleichwertige politische Teilhabe. Ende der 1970er Jahre wurde aber immer deutlicher, dass die Herrschenden ihre Versprechen nicht einlösen konnten oder wollen. Das

Wirtschaftswachstum reichte nicht aus, um ausreichend gute Jobs zu schaffen und die Eliten monopolisierten weiterhin die Schaltstellen in der Wirtschaft. Auch der Staat – der immer autoritärer wurde - blieb von den alten Eliten dominiert, die eine Machteilung mit den aufstrebenden Unter- und Mittelschichten mit allen Mittel zu verhindern suchten. Forderungen nach einer administrativen Dezentralisierung für die Distrikte (im Norden und Süden) kam die Elite nur halbherzig nach. Die Folge war, dass sich erhebliche Teile der Bevölkerung, insbesondere die rurale Jugend, umfassend marginalisiert sahen.

Auf singhalesischer und tamilischer Seite formierte sich schließlich eine Widerstandsbewegung, die sich zunächst primär gegen den Staat, die herrschenden Eliten und die politische, ökonomische und soziale Marginalisierung richtete. Die Aufstände war Ausdruck des Protestes gegen fest gefügte Sozial- und Machtstrukturen, in denen sich die Elite ähnlich einem königlichen Herrscher verhielt und inszenierte. In der Folge richtete sich der Aufstand aber auch gegen die jeweils andere ethnische Gruppe. Insbesondere der zweite Aufstand der JVP enthielt ein starkes ethnisches Element: Großen Zulauf im Süden hatte die JVP erst, als sie sich die anti-indische und anti-tamilische Propaganda des Sinhala-Nationalismus zu eigen machte und sich gegen eine Machteilung mit den Tamilen aussprach. Beide Bewegungen wurden von gut ausgebildeten, marxistisch orientierten Jugendlichen getragen. Ihre Interessen und ihren Protest artikulierten die Gruppen gewaltsam, weil zum einen über die demokratischen Mechanismen keine Veränderung zu erreichen war.⁶⁰ Zum andern war Gewalt (seit je her und verstärkt seit der Demokratisierung) zu einem generellen Mittel zur Bearbeitung von Konflikten geworden. Für die Eliten boten die Aufstände die Möglichkeit die Gewalt innerhalb des demokratischen Systems dauerhaft zu legitimieren und zu legalisieren. Von Beginn an reagierten die Eliten mit massiver Gewalt und zielten auf eine totale Vernichtung der die Ordnung störenden Gruppen, wobei sich die Gewalt nicht nur auf die Aufständischen, sondern zum Zweck der Prophylaxe auch auf zivile Teile der Bevölkerung erstreckte. Im Verlauf der Konflikte verloren die staatliche wie die aufständische Gewalt ihr ökonomisches, moralisches und politisches Limit. Private, staatliche und kriminelle Gewalt begannen sich zu vermischen und gegenseitig zu verstärken. Fehden, Rache und die Bereicherung einzelner Individuen bildeten eine zusätzliche Quelle der Gewalt.⁶¹

4.1. Der Aufstand der JVP im Süden des Landes

Ende der 1960er Jahre setzte sich bei den singhalesischen Jugendlichen aus den ländlichen Gebieten im Süden die Erkenntnis durch, dass die erworbene Bildung und die demokratischen Institutionen nutzlos oder gar hinderlich für das eigene wirtschaftliche Fortkommen waren. Politisch gab es keine Partei, die nicht den Interessen der Elite diene, selbst die linken

⁶⁰ „Die regierende Elite hat es nicht geschafft, die Interessen und Forderungen bestimmter Teile der Bevölkerung zu berücksichtigen. Die gebildete singhalesische Jugend hat sich nicht entsprechend berücksichtigt bzw. zurückgesetzt gefühlt. Das ging gegen die verwestlichte Elite und gegen bestimmte Kasten. Junge Leute meinten, dass das demokratische System nicht ihre Ziele und Forderungen erfüllte. Die Regierung konnte nur gewaltsam reagieren, weil es ein sehr brutaler schneller Aufstand war. Es gab keine Möglichkeit für einen Dialog“ (Interview paraphrasiert/übersetzt mit Kumar Rupesinghe, Chairman, Foundation for Co-Existence, Sri Lanka 26.05.2004).

⁶¹ „Mord war kein seltenes Mittel um Macht zu demonstrieren und Konflikte zu lösen. Gerade in den Dörfern braucht man sich vor solchen Taten nicht zu fürchten, da alle Angst hatten und niemand sagt aus. (...) Drei meiner Informanten sind ermordet worden. An Aufklärung war in keinem Fall zu denken, auch wenn die Mörder allen bekannt waren und von dort stammten“ (Gespräch paraphrasiert/übersetzt 06.06.2004 in Kandy und schriftlicher Austausch mit Mitarbeiter der Fisheries Community Development and Resources Management Project, Ministry of Fisheries and Ocean Resources, Sri Lanka).

Parteien wurden von alten Eliten geführt; erst die JVP mit ihrer marxistisch-radikalen Weltansicht bot den Jugendlichen ein Artikulations- und Handlungsforum. Der erste Aufstand der JVP begann kurz nach der Parlamentswahl 1970 und das stärkste Bewegungsmoment war die elitekritische Komponente. Die marxistische Rebellion zielte auf den Umsturz des politischen Systems und eine Beseitigung der traditionellen Machtakkumulation der oberen Kasten/Klassen. Da sich der Staat in den vorangegangenen Jahren wenig zugänglich für die Probleme der singhalesischen Jugendlichen gezeigt hatte, griffen sie schließlich zur Gewalt, um ihre Forderungen durchzusetzen. *„It seems that in Sri Lankan society, there is continuing attraction for political movements that define their political practice in revolutionary or insurrectionary terms while the institutions of democracy continue to occupy the space of formal politics“* (Uyangoda 2003: 39). Die JVP-Anhänger rechtfertigten ihre Aktionen mit der mangelnden Responsivität der Politiker, der nicht eingelösten demokratischen Versprechen (Gleichheit) und über die marxistische Theorie, nach der ein gewaltsamer Umsturz zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung legitim war. Die Regierung reagierte auf den Aufstand mit massiver Gegengewalt. Anhänger oder vermutete Anhänger wurden aufgespürt und ohne Verfahren oder Anhörung inhaftiert. Folter war die Regel. Die Angemessenheit des militärischen Vorgehens war auch deshalb fraglich, weil es sich bei der JVP zu diesem Zeitpunkt um eine kleine Gruppe schlecht organisierter Jugendlicher handelte. Der Aufstand dauerte nur acht Wochen. Obwohl real kaum Gefahr für den Staat bestand, ergingen Befehle an die Polizei, die JVP möglichst vollständig zu zerstören. Die Opferzahlen schwanken je nach Quelle zwischen 12.000 (offizielle Angabe der Regierung) und 45.000 (Rohana Wijeweera, Anführer der JVP). Nach dem Aufstand wurden die übrigen jugendlichen Rebellen außerhalb der normalen Rechtsprechung verurteilt und in „buddhistische“ Umerziehungslager und Rehabilitierungscamps gebracht. Strukturelle Veränderungen der sozio-politischen Ordnung gab es nicht.

In der Hoffnung, über Wahlen an die Macht zu kommen, unternahm die JVP bis 1982 keine größeren militanten Aktionen. Als die UNP feststellte, dass die JVP großen Zulauf hatte, versuchte sie, die Partei zu verbieten. Dadurch wurde den Aktivisten klar, dass die Regierenden auf keinen Fall die Macht abgeben würden und es kam ab 1987 zu einem neuen Aufstand. Dieser enthielt zudem ein starkes ethnisches Element, das sich gegen die Tamilen und den „unsinghalesischen und verräterischen“ „Indo-Sri Lankan Peace Accord“ richtete.⁶² Der immer lauter werdende Anspruch der Tamilen nach einer gleichberechtigten Teilhabe wurde als maßlos überzogen wahrgenommen. Die tamilischen Jugendlichen waren eine direkte Konkurrenz um immer knapper werdende Ressourcen. Seit den 1980er Jahren stagnierte die Wirtschaft dann infolge des Bürgerkrieges, was die Aggression und Schuldzuweisungen gegen die Tamilen noch beförderte. Der große Zulauf und die (zumindest stillschweigende) Unterstützung der Bevölkerung zeigten, dass sich mit der Mischung aus marxistischer und ethnischer Propaganda viele Stimmen werben ließen. Deshalb kam es auch zu keiner Solidarisierung der marginalisierten Gruppen, obwohl die Peripherien im Süden und Norden ähnliche Forderungen verfolgten. Während des zweiten JVP-Aufstandes starben innerhalb von zwei Jahren mindestens 40.000 Menschen.⁶³ Nach der Niederschlagung des ersten Aufstandes hatte die Regierung den Ausbau des Sicherheitssystems forciert und konnte

⁶² Der Accord sieht eine gewisse Machteilung mit den Tamilen vor und kam auf Druck Indiens zustande.

⁶³ Fields (1995) nennt die geringe Zahl von 30.000 Toten. Die Asian Human Rights Commission sogar von 80.000 bis 120.000 Toten (Frontline 06-19.06.2009)

jetzt auf eine Bandbreite staatlicher und parastaatlicher Kräfte zugreifen. Diese nutzten sie nicht nur, um JVP-Rebellen ausfindig zu machen, sondern auch um Opponenten zu beseitigen oder persönliche Rachefeldzüge zu führen. Der Sicherheitsapparat wurde in der Folge noch weiter ausgebaut, die Einsatzorte, -anlässe und die brutale Vorgehensweise weiteten sich aus. Die Gewalt eskalierte, nachdem die JVP begann, systematisch Angehörige der Sicherheitskräfte zu bedrohen und zu töten. Damit wurden diese persönlich angegriffen und die Gewalt zu einem Akt der Selbstverteidigung. Rache und Vergeltung wurden zum häufigsten Motiv von Gewalt. Private Armeen lokaler Politiker und paramilitärische Einheiten eliminierten JVP-Anhänger, Sympathisanten und wen sie dafür hielten.⁶⁴ Die Opfer waren oft Männer aus unteren Kasten und sozialen Schichten, die nicht über Verbindungen – und damit über den Schutz – lokaler und nationaler Eliten verfügten. Gut dokumentierte Berichte von Menschenrechtsorganisationen gaben deutliche Hinweise auf die Existenz eines patronalen Schutzsystems. Ende 1987 starben jeden Tag etwa zehn Personen, 1988 waren es zwanzig Tote pro Tag, bis Ende 1989 Hunderte. Die Leichen wurden an Bäumen aufgehängt und in Autoreifen verbrannt, in Massengräbern verscharrt oder einfach in den Mahaweli-Ganga geworfen. Elemente von Sippenhaft waren nicht zu übersehen: unter anderem wurden Eltern, Geschwister oder Kinder zusammen mit oder anstelle von JVP-Anhängern ermordet, vor den Augen der Angehörigen hingerichtet oder öffentlich gefoltert. Für einen von ihnen eliminierten die Sicherheitskräfte zehn JVP-Anhänger. Mord und Folter waren dabei weniger auf übermäßige Gewalt einzelner Personen zurückzuführen, als dass sie von hochrangigen Sicherheitskräften angeordnet und legitimiert waren. Selbst Staatsanwälte rechtfertigten öffentlich die Lynchjustiz. Auf den Todeslisten der Regierung befanden sich neben verdächtigten JVPlern auch viele politische Opponenten der UNP (Hoole 2001: 358). Über die lokalen Verstrickungen und das brutale bis sadistische Vorgehen der Täter wurde bis heute in fast allen Fällen geschwiegen, nur selten gab es polizeiliche Ermittlungen, noch seltener eine Verurteilung der Täter. Viele Täter stiegen in hohe Positionen auf, weil sie von mächtigen Politikern geschützt wurden (Perera 1999). Leitende Militärs, die den Aufstand im Süden niederschlugen, wurden wenige Jahre später in den Krieg im Nordosten „befördert“. Auch die Gewaltexzesse der JVP wurden im Verlauf des Aufstandes immer irrationaler und unkontrollierbarer (Campaign for Social Democracy 1989: 57-71). Ende 1988 war die Macht der JVP bzw. ihr Terror so groß, dass sie „Nachtregierung“ bzw. „Small-Government“ genannt wurde. Wer sich nicht ihren Bedingungen unterwarf, wurde getötet. Da die JVP ihre Kader am unteren Ende der sozialen Hierarchie rekrutierte, nutzte der Mob die Gelegenheit, im Schutz einer machtvollen Gruppe persönliche Rechnungen zu begleichen oder kriminellen Aktivitäten nachzugehen.⁶⁵ Denunziation, familiäre Fehden/ private Vendetten, Konkurrenz um Land oder Wasser, Wettbewerb und Neid um Positionen wurden über den Aufstand ausgetragen, was zu einem weiteren Anstieg von Mord und Folter führte.⁶⁶ Die Gewalt konnte auch deshalb in diesem Ausmaß zu Tage treten, weil in Staat und Gesellschaft bereits viele Systemelemente gewaltaffin waren. Bereits 1947 wurde angesichts

⁶⁴ Bekannt waren die „Black Cats“, eine Gruppe, die von UNP-Abgeordneten auch benutzt wurde, um Opponenten der SLFP auszuschalten.

⁶⁵ Die DJV, der militärische Flügel der JVP, warb bevorzugt Deserteure oder Soldaten an, die wegen Menschenrechtsverletzungen u. ä. Delikten suspendiert waren. Ebenso rekrutierte man Kriminelle, Auftragsmörder und ungelernete Wanderarbeiter, um die Regierung zu sabotieren, Morde zu verüben oder Regierungseigentum zu zerstören. Diese interessierte sich weniger für die Revolution als für ihren persönlichen Vorteil.

⁶⁶ Asian Legal Resource Centre/Asian Human Rights Commission/Families of the Disappeared 2004: XIV.

linker Demonstrationen der „Public Security Ordinance“ verabschiedet; der Ausnahmezustand galt fast ununterbrochen seit 1971 und die Regierung setzte 1979 Anti-Terror-Gesetze ein. 1982/88 schaffte sie mit dem „Indemnity Act“ die rechtliche Basis, um Gewalttaten straffrei zu verüben. Der Act war die Manifestation des patronalen Systems: Personen, die eine Straftat auf Geheiß eines Ministers usw. in „good faith“ verübten, konnten nicht bestraft werden. Das Gewaltmonopol des Staates ging damit auf einzelne Politiker und mit ihnen verbundene Paramilitärs, private Schlägertruppen und Todesschwadronen über. Zusätzlich wurden offizielle Organe, wie die „Jathika Sevaka Sangamaya“ (JSS) – eine militante Gewerkschaft der UNP –, die „Homeguards“, die „National Auxiliary Force“ und die „Special Task Force“, eingesetzt, um die Aufstände zu bekämpfen. Auch diese Gruppen unterstanden keiner kontrollierenden Legislative, sondern einem traditionellen Patron-Klient Verhältnis einzelner Politiker bzw. dem Präsidenten und Verwandten des Präsidenten. Gewalt wurde als legitimes und notwendiges Mittel der Konfliktbearbeitung der Herrschenden, gesehen insbesondere dann, wenn tradierte Ordnungs- und Sozialstrukturen gefährdet waren. Hoole's Bemerkung über den Präsidentschaftskandidaten Wijeratne und dessen feudalen Habitus gegenüber den JVP-Rebellen war für weite Teile der Eliten zutreffend: *„R. W. who was a close relative of Ceylon's first Prime Minister D. S. Senanayake and a member of the UNP from his youth, rose to the peak during his career in the Plantation Raj. This too, no doubt, enhanced his feudal sense of justice – making him a good patron and a bad enemy. He had no problem with the belief that the enemies of the State, old or young, should be killed, and did not care to acquire the sophistication to put it euphemistically“* (Hoole 2001). Nach 1990 wurde die JVP-Ära von allen Beteiligten selektiv umgedeutet, um ihr eigenes Verhalten zu rechtfertigen. Nach den tiefer liegenden Ursachen und der Verantwortung für die Gewalt wurde nicht gefragt, hätte man doch feststellen müssen *„(...) that those in the forefront of the killing of Sinhalese during 1987-90 are much the same person who made a virtue of killing Tamils from 1983 onwards in the name of furthering Sinhalese interests. Unless one recognises that violence in both instances is part of the same social phenomenon, one would make little progress with solving the Tamil question“* (Hoole 2001: 278). Die Niederschlagung des JVP-Aufstandes und der Bürgerkrieg im Norden vertieften und institutionalisierten die gewaltaffinen Muster.

4.2. Die Rebellion der tamilischen Guerilla im Norden der Insel

Auch auf der tamilischen Seite waren wirtschaftliche Konkurrenz und relative Deprivation eine Ursache für den Konflikt. Für die Tamilen spielte insbesondere die Zurücksetzung im Bildungssystem und bei der Beschäftigung im öffentlich-staatlichen Sektor eine Rolle, weil Bildung traditionell der Weg zum sozialen Aufstieg war und sich auf Jaffna kaum wirtschaftliche Alternativen fanden. Durch die Siedlungspolitik wurden die Tamilen nicht nur territorial zurückgedrängt, sondern auch politisch, weil sich die Mehrheitsverhältnisse änderten und Wahlkreise umgelegt wurden. Unabhängig von der jeweiligen regierenden Partei bezogen sich die meisten Fördermaßnahmen auf die singhalesischen Gebiete, während der tamilische Norden vernachlässigt wurde. Seit den 1970er Jahren bestand eine erhebliche Diskrepanz zwischen den wirtschaftlich fortgeschrittenen Gebieten wie Colombo/West-Provinz und den schwachen, von der tamilischen Minderheit besiedelten Gebieten der Nord-Ost-Provinz. Die Marginalisierung der Tamilen vollzog sich vor dem Hintergrund einer staatlich kontrollierten Wirtschaft und einem mäßigen Wirtschaftswachstum. Die jungen

Tamilen litten nicht nur unter der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, sondern unter der Machtlosigkeit ihrer Eliten, die ihnen in einem patronalen und klientelistischen System keine Ressourcen sichern konnten. Im nationalen Parlament hatten die tamilischen Parteien nur noch begrenzt Einfluss, die lukrativen Ministerposten gingen an ihre singhalesischen Kollegen. Der Konflikt schlug schließlich in Gewalt um, weil sich die Tamilen in einer Situation der umfassenden sozio-ökonomischen Marginalisierung wiederfanden. Gewalt war „existentiell“ notwendig, weil der sri-lankische Staat auf friedliche Protestformen nicht reagierte.⁶⁷ Die Sezessionsforderungen der LTTE sollten aus den Tamilen wieder Staatsbürger erster Klasse machen.⁶⁸ Die Revolte der LTTE richtete sich damit zum einen gegen die ethnische Repression des singhalesischen Staates und zum anderen gegen die Monopolisierung der Macht durch die eigene Elite. Der demokratische Staat hatte sich als Diktatur der singhalesischen Mehrheit entpuppt, der die tamilische Gruppe sukzessive aus der ökonomischen, sozialen und politischen Ressourcenverteilung zurückdrängte. Mit demokratischen Verfahren und Mitteln war keine Verbesserung für die Tamilen zu erreichen. Die alten tamilischen Eliten hatten es lange Zeit vorgezogen, sich mit den statusgleichen Elite-Singhalesen zu arrangieren, um ihre eigene Positionen nicht durch Forderungen nach mehr Rechten für alle Tamilen zu gefährden. Eine wirkliche Machtteilung mit der Bevölkerung war auch auf tamilischer Seite nie vorgesehen.⁶⁹ Das von der LTTE anvisierte „Tamil Eelam“ (tamilischer Staat) sollte deshalb eine sozialistisch-egalitäre Gesellschaft, in der potenziell jeder Zugang zur politischen Macht erhalten sein. *„Tamil Eelam will be a socialist State. By socialism I mean an egalitarian society where human freedom and individual liberties will be guaranteed, where all forms of oppression and exploitation will be abolished“.*⁷⁰

Auf die Bildung tamilischer Widerstandsbewegungen seit Beginn der 1970er Jahre reagiert der Staat mit dem Einsatz von Polizei, später mit der Stationierung des Militärs. Während die Gewalt in den anti-tamilischen Unruhen 1958, 1977 und 1981 noch zeitlich begrenzt war, wurde sie nach 1983 im Nordosten endemisch. Seit den Pogromen von 1983 beteiligte sich der sri-lankische Staat offen an Gewalt gegen die Minderheit. Terror, extralegale Hinrichtungen, Massaker, Vergewaltigungen, Misshandlungen, Folter und willkürliche Militäraktionen waren nicht die Ausnahme, sondern die Regel (Spencer 2000: 120-140). Der ethnische Faktor verschärfte die Gewalteskalation, weil zwischen den beteiligten Gruppen de facto primordiale Grenzziehungen bestanden, die auch nicht durch „Umerziehung“ oder „Besserung“ der tamilischen Jugendmilizen überwunden werden konnten. Ethnische Stereotype machten auch die Ausweitung der Gewalt auf die tamilische Bevölkerung einfacher. Die Bevölkerung gehörte zur Feindgruppe und konnte in „Sippenhaft“ genommen werden. Je

⁶⁷ „In Sri Lanka there is no parliamentary democracy where our people could effectively represent their aspirations. What passes as Parliament in Sri Lanka is an authoritarian rule founded on the tyranny of the majority. (...) The Tamils could not find any democratic institutions to air their grievances“ (Interview mit Velupillai Prabhakaran, in: *The Week*, 23.03.1986).

⁶⁸ Die Tamilen wurden von den Singhalesen als eine nicht gleichwertige „Unterklasse“ gesehen. Erst durch die Macht und Gewalt der LTTE erreicht die tamilische Gruppe einen gleichberechtigten Status (Gespräch mit Viraj Mendis, Diaspora-Singhalese in Deutschland 29.10.2006).

⁶⁹ „Das betraf z. B. die Abkommen, Parteikoalitionen und Übernahme von Ministerposten zwischen der tamilischen und singhalesischen Elite. Dementsprechend wurde die LTTE heute auch als Überwindung der alten Tendenz zur Interessenzersplitterung auf tamilischer Seite wahrgenommen“ (Gespräch mit Angestellten der Sri Lankan Air Lines (nach eigener Angabe), paraphrasiert/übersetzt, Sri Lanka 19.05.05; Ebenso äußerte sich Nadarajah Raviraj, Mitglied des Parlaments, Jaffna Distrikt, Tamil United Liberation Front/Tamil National Alliance, Interview paraphrasiert/übersetzt 25.05.2004).

⁷⁰ Interview mit Velupillai Prabhakaran, Anita Pratap: *Sunday Magazine*, 11.-17.03.1984.

länger der Krieg dauerte, umso mehr wurde er von seinen Symptomen angetrieben. Nach den Pogromen begann die LTTE mit einer „Hit-and-Run“ Strategie bevor sie in den 1990er Jahren zu einem konventionellen Stellungskrieg überging. Es entstand ein Kreislauf von Gewalt: Auf einen Mord folgte ein round-up, folgte ein Mord, gefolgt von einer Granatenattacke usw. Dabei stieg das Gewaltniveau beständig an. Auch im ethnischen Bürgerkrieg war die exzessive Gewalt selten ein Akt der Disziplinlosigkeit oder Willkür der unteren militärischen Ränge, sondern gedeckt von den Vorgesetzten oder der nationalen Politik. Selbst in paramilitärischen Organisationen gab es eine starke Orientierung hin zur zentralen Instanz und der Absicherung des eigenen Tuns durch einen „Patron“. In der LTTE passierte ohnehin nichts ohne die Erlaubnis ihren Führers Prabhakaran.

Wie im JVP-Aufstand zeigte sich auch im Norden ein breites Gewaltfeld, das „unabhängig“ vom ethnischen Konflikt zwischen meist lokalen Akteuren stattfand und auf innerethnische oder auf traditionelle Fraktionierungen zurückging. Das führte auch hier zu einer Proliferation von Gewaltursachen und -anlässen. *„Riots have more often than not been the result of local feuding between the two dominant Sinhala political parties during local and national elections. Feuds between Tamil political parties have been settled by assassinations (...). The point is that conflict was not inevitably based on ethno linguistic causes but on a multiplicity of local factors (...) there were religious, community and caste conflicts“* (Rajasingham-Senanayake 2001: 294-314). Insbesondere ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre traten persönliche Fehden und individuelle Akteure in den Vordergrund (UTHR (J) 1996b: Bulletin No. 11). Traditionelle Sozialstrukturen, Elemente von Vendetta und Rache begünstigten Zyklen von Gewalt, in denen nicht nur Mitglieder der verschiedenen Guerilla-Organisationen ermordet wurden, sondern auch deren Angehörige. Elemente von Sippenhaft durchzogen auch hier den Krieg (UTHR (J) 1989a: Report, No. 1). Intrigen und Fehlinformationen wurden genutzt, um private Konflikte zu bereinigen. Der Großteil der Gewalt hatte jedoch ethnische Ursachen: Vertreibungen, ethnische Säuberung und militärische Offensiven forderten die meisten Opfer unter der Zivilbevölkerung. Im Süden wurde der Bürgerkrieg im Norden zwar zur Kenntnis genommen, aber von der singhalesischen Bevölkerung vielfach als berechtigt angesehen. Er diene dazu, die Tamilen, die sich über ihren geduldeten Minderheiten-Status erheben wollten, in die Ordnung zurückzuführen.

5. Zusammenfassung

Den politischen Rahmen der Widerstandsbewegungen in Sri Lanka bildeten institutionelle Veränderungen: Bis zur Unabhängigkeit lebten die Bevölkerungsgruppen relativ friedlich zusammen, obwohl die Briten die Demokratie in Grundzügen bereits in den 1930er Jahren einführten. Konflikte und gewaltsame Zusammenstöße fanden in begrenzten lokalen Räumen statt. Dies blieb auch bis Ende der 1950er Jahre so, allerdings nahmen die Konflikte innerhalb der Elitegruppe zu und wurden zunehmend auf der nationalen Ebene ausgetragen. Verantwortlich dafür war die Konkurrenz um die Führungspositionen der Parteien und der „demokratische Wettbewerb“ um Wählerstimmen. Die relative Offenheit des demokratischen Systems, das mit entsprechender Mehrheit jede Verfassungsänderung ermöglichte, führte in den folgenden Jahrzehnten dazu, dass das säkulare Modell, der Minderheitenschutz und die Freiheitsrechte eingeschränkt wurden. Ausschlaggebend für diese Politik war, dass es Konzepte wie ein nationales Allgemeinwohl oder eine nationale Staatsbürgerschaft im Denken der Elite und der Bevölkerung nicht gab. Der Anspruch auf die Ressourcen des

Staates, das Gefühl von Zusammengehörigkeit und geteilter Identität gründete sich weiterhin auf kleinräumige traditionelle Strukturen. Für die Schwächung der Minderheit im demokratischen System war aber nicht nur ihre zahlenmäßige Unterlegenheit, sondern auch ihre interne Zersplitterung der Interessenvertretung auf verschiedene Parteien ausschlaggebend. Bis in die 1970er Jahre konnte sich die tamilische Elite nicht einigen, ob sie mit den Singhalesen kooperieren wollte oder nicht und ob sie einen unabhängigen Staat, eine Föderation oder eine administrative Dezentralisierung fordern sollte. Eine innere Demokratisierung der tamilischen Gruppe – ihres strengen Kastensystems, der Unterdrückung der Frau und dem Vorrang der Jaffna-Tamilen – lehnte die Elite ab. Während sich die Elite intern stritt, wurden die Tamilen immer weiter von den Singhalesen marginalisiert. Die Entscheidung, was gegen diese Marginalisierung getan werden konnte, wurde der tamilischen Elite schließlich von den LTTE-Rebellen abgenommen: Sie forderten einen unabhängigen sozialistischen Staat, der mit Gewalt erkämpft werden musste. Diese Forderung implizierte auch eine Neuordnung der tamilischen Gesellschaft sowie ein Ende der Eliteherrschaft. Da die Idee zunehmend Unterstützung in der Bevölkerung fand, schwenkte schließlich auch die Elite Ende der 1970er Jahre auf diese Linie ein. Allerdings hoffte sie, die Guerilla später inkorporieren und ausschalten zu können. Intern blieben die parlamentarischen Tamilen weiter zerstritten und schwach. Die Singhalesen verteilten ihre Stimmen nach der Unabhängigkeit primär auf zwei große Parteien. Nach innen führte das zu einer Nivellierung der regionalen Unterschiede zwischen Tiefland- und Hochland-Singhalesen; gegenüber der tamilischen Bevölkerungsgruppe kam es dadurch zu einer stärkeren Abgrenzung. Die „demokratische“ Konkurrenz der beiden großen singhalesischen Parteien, United National Party und Sri Lanka Freedom Party, um die Wählerstimmen begünstigte dann das „ethnic outbidding“ der Tamilen. Wann immer eine der Parteien der Minderheit einen Kompromiss anbot, opponierte die andere dagegen. Die Exklusion der Tamilen war nicht die Folge primordialer ethnischer Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen, sondern das Symptom einer Handlungspraxis und Weltsicht, die die Eliteherrschaft als „great service“ für die Massen und als traditionell legitimiert verstand. Die singhalesischen Eliten hatten prinzipiell kein Interesse an Zugeständnissen gegenüber den Peripherien, d. h. einer Umverteilung der Macht von der nationalen Ebene auf die Provinzen. Alle bis in die 1980er Jahre entstandenen föderalen Einheiten auf Provinzebene, regionaler oder kommunaler Ebene blieben machtlos und chronisch unterfinanziert. Gegen diese Handlungsmuster boten weder die Demokratie noch spezifische institutionelle Arrangements einen Schutz.

Ökonomische Größen waren ein weiterer Faktor, der sich auf die Formierung der Bewegungen auswirkte: Sri Lanka verfügte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit über eine exportdominierte Wirtschaft, die abhängig war von einigen Primärgütern und auch später ging die sektorale Diversifizierung nur langsam voran. Gleichzeitig hatte sich die Bevölkerung durch die staatliche Gesundheits- und Wohlfahrtspolitik bis in die 1970er Jahre verdoppelt, bis heute mehr als verdreifacht. Viele der Jugendlichen verfügten über eine (sehr) gute Schulbildung. Die hohe Anzahl und die Qualifikation der Arbeitskräfte konnte der freie Arbeitsmarkt in Sri Lanka nicht absorbieren. Durch Verstaatlichung von Industrien und Beschäftigungsmaßnahmen fing der Staat zwar einen Teil der Arbeitskräfte auf und wurde zum größten Arbeitgeber der Insel, aber die von den Jugendlichen gewünschten „White-Collar-Jobs“ gab es nicht in ausreichender Menge. Konflikte um die knappen Ressourcen

waren quasi vorprogrammiert. Allerdings kann nicht nachgewiesen werden, dass ein geringes Wirtschaftswachstum den Konflikt oder die Eskalation in die Gewalt verursachte, da die Wirtschaft in Kriegs- und Friedenszeiten durchschnittlich um einen moderaten Mittelwert von vier bis fünf Prozent wuchs. Das negative Wirtschaftswachstum förderte im Gegenteil sogar 2001 die Anstrengungen, den Konflikt endlich friedlich beizulegen. Auch die Entwicklungsindizes (Gini-Index, faktische Haushaltsausstattung und allgemeine Sozialindikatoren) hatten sich in Sri Lanka über die Jahrzehnte verbessert, ohne dass sich dies positiv auswirkte. Der hohe Primärgüteranteil konnte zwar zur Erklärung der Entstehung des Konfliktes herangezogen werden, für den Fortgang spielte er aber keine Rolle, da sein Anteil kontinuierlich sank. Allein die hohe Arbeitslosenrate und die große Gruppe der 14- bis 25-jährigen korrespondiert mit dem Umschlag der Konflikte in die Gewalt. Besonders günstige ökonomische Motivations- und Opportunitätsstrukturen für Gewalt – wie leicht ausbeutbare Bodenschätze o. Ä. – besaß Sri Lanka nicht. Ökonomische Faktoren wurden vielmehr als relative Faktoren wahrgenommen, d. h. sie erhielten ihre Bedeutung erst im kulturellen Diskurs zwischen den Singhalesen und den Tamilen bzw. in der Beziehung zwischen der aufstrebenden Jugend und den traditionellen Eliten. Die Aufhebung der territorial getrennten Siedlungs-, Sozial- und Wirtschaftsstrukturen der Bevölkerungsgruppen durch die demokratische Transformation und die wirtschaftliche Lage begünstigte zwar Konflikte – als Folge von Konkurrenz um knappe Güter –, ausschlaggebend war aber, nach welchen Mustern diese wahrgenommen wurden und welche Lösungsmöglichkeiten die Eliten präferierten. Tatsächlich entstanden Konflikte aus der Konkurrenz um begrenzte Ressourcen, primär aber deshalb, weil die Demokratie Erwartungen geweckt hatten, die die Eliten nicht erfüllen konnten und wollten. An einem Umbau der kolonialen Wirtschaftsstrukturen hatte die Elite nur wenig Interesse, weil sie zum einen um ihre Profite fürchtete und zum anderen eine starke Arbeiterbewegung oder ein Empowerment der Armen, das ihre politische und soziale Machtposition gefährdet hätte, verhindern wollte. Entsprechend wurde nahezu die gesamte Wirtschaft des seit den 1970er Jahren entstehenden Rentierstaates politisch kontrolliert. Profite wurden nur an bestimmte Klientelgruppen verteilt, alle anderen wurden marginalisiert oder ausgeschlossen. Gerade für Demokratien, die auf dem normativen Anspruch allgemeiner Chancengleichheit beruhen, barg das ein großes Konfliktpotenzial. Den Jugendlichen wurde in den 1970er Jahren bewusst, dass die sozialstaatlichen und bildungspolitischen Maßnahmen der Regierungen das strukturelle gesellschaftliche Machtungleichgewicht nicht auflösten. Demokratische Institutionen und individuelle Mobilität erwiesen sich als nutzlos für den eigenen Aufstieg. Dazu kam, dass die Eliten durch Verfassungsänderungen institutionelle Wege verschlossen, die zu einem Machtwechsel hätten führen können. Nur die radikale JVP auf singhalesischer Seite und die militante LTTE auf tamilischer Seite boten den Jugendlichen Artikulationsraum und Handlungsmacht. Die Gewalt der Bewegungen war die einzige Option, um eigene Ansprüche durchzusetzen. Beide Widerstandsbewegungen richteten sich aber nicht nur gegen die eigene Elite, sondern auch gegen die jeweils andere ethnische Gruppe. Im Vergleich zu den Singhalesen waren die Tamilen von doppelter ökonomischer Zurücksetzung betroffen: einmal im intraethnischen Binnenraum und zum anderen in den interethnischen Beziehungen.

Auch die ethno-religiöse Heterogenität besaß einen wesentlichen Einfluss auf die Gruppen. Der Bürgerkrieg in Sri Lanka war nicht zuletzt deshalb so langwierig und eskalationsträchtig,

weil diese Faktoren eine Rolle spielten. Nach der Unabhängigkeit stand die Elite vor der Herausforderung, aus einer heterogenen Bevölkerung eine nationale Einheit zu formen. Gleichzeitig war es ihre vorrangige Absicht, sich an die Spitze der neuen nationalen Bewegung zu stellen, um die eigene Machtposition zu sichern. Deshalb kehrten die Eliten auch nach einer kurzen Phase der Kooperation in die 1920er Jahre, deren Ziel eine multiethnische Staatsnation gewesen war, zu einer traditionell-kommunistischen Herrschaftsbegründung zurück. Vorreiter dieser Bewegung war die singhalesische Seite, die sich in den 1950er Jahren einem exklusiven sinhala-buddhistischen Nationalismus verschrieb, der die Minderheiten marginalisierte. Dadurch gelang es der singhalesischen Elite, die Gefahren der Systemtransformation zu minimieren und sich neue Legitimität zu verschaffen. Auf tamilischer Seite bestand noch bis in die 1970er Jahre ein sektoraler, tamilischer Nationalismus innerhalb eines ceylonesischen Nationalismus und multiethnischen Staatsverständnisses fort. Erst in den 1980er Jahren entwickelte sich – radikalisiert durch die LTTE – auch bei den Tamilen ein exklusiver tamilischer Nationalismus. Es wäre allerdings verkürzt, die Ausbreitung des ethnischen Diskurses nur als Folge einer Instrumentalisierung durch die Eliten zu sehen. Auch die Bevölkerung konnte mit einem ethno-religiösen Nationalismus, der sich auf bestehende emotionale Bindungen und Ordnungsstrukturen wie Sprache und Religion bezog, mehr anfangen als mit einem abstrakten staatsbürgerlichen, multiethnischen Staat. Die Legitimation und der Nachweis der Rechtmäßigkeit der ethnischen Abgrenzung wurden von indigenen Wissenschaftlern und dem buddhistischen Klerus legitimiert. Über die Jahre wurden die nationalen Mythen zu objektiven Geschichtsbildern, die aus unterschiedlichen Gründen von einer immer breiteren Masse angenommen und tatsächlich geglaubt wurden. Mit der ethnischen Zugehörigkeit wurde seither begründet, wer den Zugang zu allen wichtigen materiellen und immateriellen Ressourcen erhielt. Da Ethnizität von den Gruppen als primordiales und nicht als konstruiertes Phänomen wahrgenommen wurde, waren die Gruppengrenzen absolut. Dieser Status konnte weder durch soziale noch durch individuelle Mobilität verändert werden. Einen multiethnischen Konsens über die Ausrichtung des Staates gab es nicht. Außerdem bestand keine wechselseitige Abhängigkeit der Gruppen, die diesen Konsens notwendig gemacht hätte. Wer also den Zugang zu den Ressourcen ändern wollte, konnte dies nur mit Gewalt tun. Ethno-religiöse Distinktionen spielten sowohl für die Entstehung des Konfliktes wie für die Eskalation in die Gewalt eine wichtige Rolle. Ihre Stereotype und symbolische Hierarchisierung erleichterten die Rechtfertigung von Gewalt. Das Erfahren und Ausüben von ethno-religiöser Gewalt verstärkte zudem den Gruppenzusammenhalt nach innen und die Abgrenzung nach außen. Auf singhalesischer Seite erwies sich insbesondere die Verbindung von Ethnie und Religion als Gewalt fördernd. Zum Schutz des Buddhismus, der singhalesischen Rasse und der Einheit des Landes war Gewalt gerechtfertigt. Die LTTE rechtfertigte ihre Gewalt mit der umfassenden Marginalisierung der Tamilen und dem „Genozid“ am tamilischen Volk. Die Rebellion war ein Akt der Notwehr, um die eigene Existenz zu retten. In diesem Sinne war den Tamilen die Gewalt von der singhalesischen Staatsklasse aufgezwungen worden. Gewalt war gleichsam ein Mittel der Befreiung: von der staatlichen Unterdrückung, aber auch von Kastendiskriminierung, Elitendominanz und einem repressiven Geschlechterverhältnis.

Kulturelle Settings und Legitimationsmuster spielten eine entscheidende Rolle: Über diese wurde zum einen die Grundlagen der Widerstandsbewegungen bestimmt, zum anderen die

Angemessenheit der Mittel (z. B. Einsatz von Gewalt) und potentielle Lösungsmöglichkeiten (kooperative vs. konfrontative Strategien) legitimiert. Grundsätzlich kann man feststellen, dass Konflikte in Sri Lanka nicht als positiver Teil dynamischer Gruppenbeziehungen gesehen werden. Konflikte, insbesondere solche, die – aus Sicht der herrschenden Gruppen – die gesellschaftlichen Strukturen in Frage stellten oder sozialen Wandel befördern, sind eine Bedrohung der sozialen Ordnung und ein Ausdruck der Dysfunktionalität bestimmter Gesellschaftsteile. Bei einer festgefügte Gesellschaftsordnung und einer Elite, die diese Ordnung konservieren will, können diese Konflikte nur als desintegrativ wahrgenommen werden. Das Ziel der Elite musste deshalb sein, diese Konflikte im Keim zu ersticken. Des Weiteren mussten alle institutionellen Wege verschlossen werden, auf denen sich diese Konflikte artikulieren konnten. Durch diese Maßnahmen verschwanden die Konflikte aber nicht, sondern die Aufständischen griffen zu einem anderen Mittel der Interessendurchsetzung: Gewalt. Begünstigt wurde die Entwicklung dadurch, dass die herrschenden Gruppen wegen ihrer gebrochenen Versprechen und ihrer undemokratischen Haltung immer mehr an Glaubwürdigkeit und Legitimität verloren und man eine Verbesserung der eigenen Lage über Verhandlungen nicht mehr erwartete. Gewalt war damit einerseits das Ergebnis eskalierter Konflikte und ein Mittel der Interessendurchsetzung. Andererseits war die Gewalt Teil der gesellschaftlichen Ordnung und Ausdruck einer spezifischen Kultur. Die Aufstände der LTTE und der JVP waren gleichzeitig eine Rebellion der Jugend gegen die alten Eliten und die Auflehnung der unteren vernachlässigten Kasten/Klassen gegen die traditionelle Führungsschicht:

Sri Lanka war auch nach der Unabhängigkeit keine homogene Nation, sondern ein Land mit vielfältigen Konfliktlinien. Das betraf zunächst weniger die ethnische Zugehörigkeit als vielmehr familiale, soziale und regionale Differenzen. Insgesamt lassen sich die Ordnungsmuster mit dem Konzept des Kommunalismus und der Patronage erfassen. Konflikte entstanden vor der Unabhängigkeit innerhalb kleinräumiger lokaler Strukturen, was das Gewaltniveau und den Ausbreitungsradius gleichzeitig begrenzte. Die alte, weitgehend agrarische Gesellschaft wurde über klientelistische Patronagenetzwerke organisiert und kontrolliert. Das Verhältnis zwischen Patron und Klienten beruhte auf bestimmten persönlichen Beziehungen und Abhängigkeiten. Der Patron hatte den Klienten mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen, der Klient schuldete dem Patron dafür Loyalität und Dienste. Innerhalb der Elitegruppe herrschte ein beständiger Wettbewerb zwischen einzelnen Patronen um das Familienprestige oder Rivalitäten über die soziale Höherstellung der Kasten. Während dieses Patron-Klient System vor der Unabhängigkeit sowohl die gesellschaftliche Kohärenz wie die Allokation und Distribution von Macht und Ressourcen regelte, traten am Ende der 1950er Jahre erhebliche Spannungen auf. Zum einen wurden lokale Konflikte auf die nationale Ebene übertragen und zum anderen kollidierte die kommunalistische Patronage mit den demokratischen Institutionen.

Nach der Unabhängigkeit wurden aus den Patronen die nationalen Politiker und aus den Klienten die Wähler. Das Patronagesystem wurde politisiert und zur omnipräsenten Struktur. Heute wie damals standen an der Spitze dieser Patronagenetzwerke die traditionellen Elitefamilien, die die Gesellschaft zum Teil schon vor den Kolonialzeiten geführt hatten oder die unter den Kolonialmächten aufgestiegen waren. Ihre Konflikte und Handlungspraxis übertrugen die Eliten auf die nationale Ebene – mit verheerenden Folgen: Die Konflikte

verloren ihre lokale Begrenzung und eskalierten national in die Gewalt. Demokratisierung bedeutete gleichzeitig Nationalisierung der bereits vorhandenen – und der neu entstandenen – Konflikte. Lokale Problemlagen, familiäre Auseinandersetzungen und Hierarchiekonflikte verloren ihre lokale Begrenzung und wurden, z. T. unter dem ethnischen Label, auf der nationalen Ebene ausgetragen. Durch die Zentralisierung des Gesamtsystems konnten Konflikte noch leichter von einer auf die andere Ebene übergreifen. Prägend war ein Handlungsmuster, das Politik personalisierte und das nationale Wohl internen Konkurrenzkämpfen unterordnete. Für den Einzelnen – insbesondere für die Minderheiten – war es extrem schwierig, aus dieser Struktur herauszukommen, weil kaum funktionale Äquivalente zur Verfügung standen. Die Allgegenwart der Patronage-Klient-Beziehungen im politischen und sozialen System erklärte auch, warum patronale Strukturen zwar vielfach von der Bevölkerung kritisiert, aber trotzdem genutzt wurden.

Die Ressourcenknappheit des Staates seit den 1970er Jahren verstärkte die Spannungen zwischen den Bevölkerungssegmenten und ihren Repräsentanten. Da das Patronagesystem auf die Begünstigung kleinräumiger Gruppen ausgerichtet war und kein Allgemeinwohl kannte, führte ein Mangel an Ressourcen zu einem Anstieg des inner- und interethnischen Wettbewerbs. Dieser Wettbewerb wurde um so eher mit Gewalt ausgetragen als objektive, demokratische Strukturen ineffektiv waren. Gleichzeitig gab der vier- bis sechsjährige Wahlzyklus einen engen zeitlichen Rahmen der Verfügbarkeit vor. Ohne Ressourcen verlor ein Patron seine Klienten und damit seinen politischen und sozialen Machtstatus. Die Klienten konnten ihrerseits nicht ohne einen Patron „überleben“. Gewalt war das Mittel, um sich den gewünschten Status zu sichern. Gewalt vor und nach den Wahlen endemisch: Sie richtete sich nicht nur gegen Konkurrenten der Opposition, sondern auch gegen die eigenen Parteikollegen. Für die tamilische Minderheit bot das Patronagesystem nach der Unabhängigkeit kaum noch Vorteile. Nur wenige tamilische Politiker hatten einen Ministerposten im nationalen Kabinett und die Wahlen in Nordosten fanden wegen des Bürgerkrieges nur unregelmäßig statt. Entsprechend war es auch folgerichtig, dass sich die Bevölkerung der LTTE als neuem Patron zuwandte. Die Guerilla sicherte ihr scheinbar ein ökonomisches Auskommen, Schutz und Sicherheit, Ansehen und Geltung. Bereits in den 1960er Jahren hatte ferner eine Politisierung und patronale Durchdringung des Sicherheits- und Rechtssystems eingesetzt, wodurch sich der Bereich der „legalen“ Gewalt erweiterte. Politiker gewährten Gewalttätern Straffreiheit, indem sie Gesetze änderten oder Richter anwies, Verfahren niederzuschlagen. Zwischen den drei Ebenen Politik, Sicherheit und Justiz herrschen reziproke Schutzbeziehungen, die die Durchsetzung demokratischer Rechte verhindern und es Opfern von Verbrechen unmöglich machen, ihre Rechte einzuklagen. Korruption und Bestechung waren alltäglich. Gleichzeitig verlor der Staat sein Gewaltmonopol, weil sich Politiker eigene Schlägerbanden und Schutztruppen hielten. Die Bevölkerung reagierte mit Selbstjustiz und Fatalismus auf diese Entwicklungen.

Der Einsatz von Gewalt hat in Sri Lanka zudem eine lange Tradition, was die Kommunikation zwischen Herrschenden und Bevölkerung betraf. Es gibt eine lange Tradition der Zusammenarbeit zwischen Herrschern und Sicherheitskräften zur sozialen Kontrolle und zur Unterdrückung oppositioneller Bewegungen sowie der Kastendiskriminierung und Missachtung der unteren Schichten (vgl. auch Fernando/ Puvimanasinghe 2005: 9). Die Unterdrückung bestimmter Kasten und die soziale Kontrolle der Bevölkerung waren schon vor und während der Kolonialzeit regulär. Während der Rebellionen der JVP und der LTTE

wurden diese Muster auf feindliche politische Bewegungen angewendet und institutionalisiert. In beiden Aufständen wurde auf Seiten des Staates ein erhebliches Potenzial an Überschussgewalt deutlich, das sich im Rahmen einer angemessenen Gegenwehr kaum erklären ließ. Gewalt gegen „Unruhestifter“ und „Störenfriede der Ordnung“ sowie gegen „gesellschaftlich schwache Gruppen“ war legitim. Diese Gruppen hatten die Regeln der Gesellschaft missachtet und wurden mit Gewalt in die Ordnung zurückgeführt. Dieser Diskurs war auch anschlussfähig an indigene kosmische Vorstellungen, in denen jedes Teil seinen Platz und seine Funktion im Gesamtsystem besaß. Die Störung selbst eines kleinen Systemteils zog die Störung weiterer Systeme und möglicherweise den Kollaps des Gesamtsystems nach sich. Die Wiederherstellung der Ordnung war notwendig, um die Beschädigung und den Untergang der eigenen Gemeinschaft (Ethnie, Kaste, Clan) zu verhindern. Gewalt war damit Teil eines kosmischen, gesellschaftlichen und politischen Ordnungsprozesses (Kapferer 1988). Anschlussfähig war Gewalt auch an traditionell-kultische Auffassungen von einer dualistischen und manichäischen Einteilung der Welt. In dieser Vorstellungswelt herrschte zwischen allen Dingen und Wesen ein Feind-Freund-Verhältnis, das zurückgeführt werden konnte auf die Dualität von guten Mächten (Göttern) und bösen Mächten (Dämonen). Konfrontation, Konflikt und Gewalt waren der kosmische Normalfall. Der Erwartung, dass die Götter/Mächte jederzeit zuschlagen und Unheil anrichten konnten, wurde mit präventiven Opfern und Verwünschungen begegnet. Wie auch immer man die Übersetzung dieser Vorstellungen auf reale Handlungen bewertet, so sind doch Parallelen zwischen den kosmischen Gesetzmäßigkeiten und den politischen Diskursen unübersehbar: Während sich die Verdächtigungen, Unheil zu senden oder Unglück zu bringen, auf lokaler Ebene gegen Nachbarn, Verwandte usw. richteten, sah man sich national durch die Tamilen (oder regional durch Indien) konspirativ umzingelt und bedroht. Symbolisch-religiöse Gewaltanwendung in Zusammenhang mit dem Buddhismus wurde ferner als reinigend, erneuernd oder erhöhend empfunden. In jedem symbolischen Zerstören steckte auch ein neuer Anfang und die Wiedereingliederung in den ewigen Kreislauf der Wiedergeburt bzw. in den kosmischen Kreislauf. Gewalt gegen „Unruhestifter“ und „Störer der Ordnung“, konnte damit auch als Beitrag zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung kosmischer Ordnung gesehen werden. Gewalt gehörte also bis zu einem bestimmten Grad zum Alltag der Bevölkerung und war in Grenzen kulturell und rituell legitim. Problematisch war aber, dass sich die Gewalt nach der Unabhängigkeit aus ihren kleinräumigen Begrenzungen befreite, sich nach relativ kurzer Zeit zu verselbständigen begann und sich dauerhaft in der Gesellschaft festsetzte. Die regelmäßige Anwendung von Gewalt führte zu ihrer Routinisierung und Institutionalisierung. Die politischen Akteure glaubten sich ohne die Nutzung der Gewaltressource nicht mehr handlungsfähig. Gewalt griff auf immer weitere Gesellschaftsbereiche über und wurde immer brutaler in ihren Mitteln. Es entstanden Gewaltspiralen, in denen die eigene Aktion nur als Reaktion auf die Aktion des Gegners gesehen wurde. Vordringlich war das eigene Überleben. Die Erfahrung und die Ausübung von Gewalt schweißte die Gemeinschaft zudem nach innen zusammen und außen gab es keine Menschen mehr, sondern nur noch Feinde. Gewalt wurde zu einem generellen Mittel, um Konflikte auszutragen, zum Ausdruck und Symbol der eigenen Macht und zur Warnung an alle zukünftigen Unruhestifter. Das demokratische System wurde unter diesen kulturellen Mustern und sozialen Praktiken verformt, die Gewalt begrenzenden Systemelemente außer Kraft gesetzt.

Aus den oben genannten Faktoren können einige fallübergreifende Ableitungen zum Zusammenhang von Widerstandsbewegungen und Gewalt in Demokratien jenseits der Ersten Welt gezogen werden: Institutionen zu implementieren ist weniger ein Problem, als diese Institutionen mit demokratischer Kultur zu füllen. Schwierigkeiten bereitet vor allem die innere Verfasstheit der Länder, die meist noch agrarisch organisiert und hierarchisch strukturiert sind. Gefolgschaft und Zugehörigkeit werden meistens auf lokaler, ethnischer oder religiöser Ebene definiert, abstrakte Kriterien wie allgemeine Wohlfahrt, nationale Distribution und allgemeine Gleichberechtigung finden hier kaum Anknüpfungspunkte. Oft sind weder die Eliten noch die Bevölkerung auf das Projekt „Demokratie“ vorbereitet. Während aber die Bevölkerung die Demokratie – in unterschiedlichem Maße – häufig als Möglichkeit sieht, Einfluss auf die eigene Gesellschaft zu nehmen, betrachten die Eliten sie nicht selten als eine Form der Herrschaftsorganisation unter anderen, deren Institutionen sie so lange unterstützen, wie es ihren Interessen dient. Erste ernsthafte Konflikte entstehen meist noch nicht unmittelbar nach der demokratischen Transformation, sondern nach Jahren/Jahrzehnten, wenn das Wissen um die Existenz und den Sinn demokratischer Institutionen bis zur Bevölkerung durchgesickert sind. Da die Elite oft weiterhin aus einem Pool von Familien und Clans besteht, der traditionell die gesellschaftliche und ökonomische Macht monopolisiert, haben sich die traditionellen Herrschaftsstrukturen – hier patronal-klientelistische Systeme – meistens nicht aufgelöst. Jetzt geraten diese in Konflikt mit dem normativen demokratischen Anspruch auf Gleichheit und Partizipation. Konflikte entstehen allerdings nicht per se durch die Koexistenz der alten und der neuen Institutionen, sondern vor allem dann, wenn der Staat mit ökonomischen oder demographischen Problemen konfrontiert wird, für die diese patronal-demokratischen Hybride keine Lösungsmöglichkeiten bieten. Vertieft sich die ökonomische Krise und der Staat muss versprochene Wohlfahrts- oder Sozialleistungen kürzen, nimmt die Gefahr einer Konflikteskalation zu. Entscheidend für einen Umschlag in die Gewalt wird nun, wie die alten Eliten reagieren: Besteht die Elite aus einer stark familial, kastenförmig oder kommunalistisch fraktionierten Gruppe, in deren kulturellen Handlungsmustern wenig Kooperations- und Kompromissbereitschaft existiert, und wird die Elite gleichzeitig durch Forderungen nach einer neuen Gesellschaftsordnung von einer jungen aufstrebenden Elite herausgefordert, ist die Gefahr einer Gewalteskalation groß. Reagiert die alte Elite demokratisch (z. B. mit einem Machtteilungsangebot) sinkt das Eskalationspotenzial, beginnt sie zusätzlich auch die demokratischen Institutionen zu verschließen, steigt es weiter. Gelingt es der rebellierenden jungen Elite, einen Teil der Bevölkerung in den Peripherien in ihrem Sinn (ideologisch/ethnisch/religiös) zu formieren und ausreichend Ressourcen für einen Aufstand zu mobilisieren, ist ein anhaltender Bürgerkrieg wahrscheinlich. Um gewaltfreie demokratische Ordnungen zu institutionalisieren, ist es daher notwendig, die Ausprägungen der kulturellen Muster zu kennen, die später die Konfliktbearbeitungsstrategien zwischen den gesellschaftlichen Gruppen bestimmen werden, da es hier bereits versucht werden kann, einige institutionelle Vorkehrungen zu treffen. Ausschlaggebend bleibt aber, dass nicht nur die politischen, sondern auch die gesellschaftlich-kulturellen Institutionen flexibel genug sind, um die o. g. Herausforderungen zu bewältigen. Die konkrete Funktionsweise und Funktionsfähigkeit einer Demokratie hängt von den kulturellen Bedeutungssystemen und Handlungsstrategien ihrer Akteure ab, wobei jede Kultur verschiedene potenziell mögliche Konzeptionen beinhaltet.

6. Literaturverzeichnis

- Asian Legal Resource Center, Center for Rule of Law/People Against Torture (2004): State Violence in Sri Lanka: Alternative Report to the United Nations Human Rights Committee, World Organization against Torture, Geneva.
- Avruch, Kevin (1998): Culture and Conflict Resolution, United States Institute of Peace Press, Washington D.C.
- Barkan, Steven E. und Lynne L. Snowden (2001): Collective Violence, Allyn and Bacon, Boston.
- Bhavani, Ravi und Michael Ross (2003): Announcement, Credibility, and Turnout in popular Rebellions, in: Journal of Conflict Resolution, 47(3): 340-366.
- Balakrishnam, N. (1977): Industrial Policy and Development since Independence, in: De Silva, K. M. (Hg.): Sri Lanka. A Survey, C. Hurst & Co, London: 192-212.
- Banks, Michael (1969): Caste in Jaffna, in: Leach, E. R. (Hg): Aspects of Caste in South India, Ceylon and North-West-Pakistan, Cambridge Papers in Social Anthropology, Cambridge University Press, Cambridge: 61-77.
- Baros, Wassilos (2004): Konfliktbegriff, Konfliktkomponenten und Konfliktstrategien, in: Sommer, Gert und Albert Fuchs: Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie, Beltz, Weinheim: 208-221.
- Baxter, C., Y. K. Malik, C. H. Kennedy, R. C. Oberst (1993): Government and Politics in South Asia, Boulder, Westview Press, San Francisco.
- Bergmann, Werner (2002): Pogrome, in: Heitmeyer, Wilhelm und John Hagan: Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden: 441-460.
- Besancon, Marie L. (2005): Relative Resources: Inequality in Ethnic Wars, Revolutions, and Genocides, in: Journal of Peace Research, 42(4): 393-415.
- Bittner, Egon (1990): Aspects of Police Work, Northeastern University Press, Boston.
- Blimes, Randall J. (2006): The indirect Effect of Ethnic Heterogeneity on the Likelihood on Civil War Onset, in: Journal of Conflict Resolution, 50(4): 536-547.
- Bonacker, Thorsten (Hg.) (2005): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Bowman, Gleen (2001): The Violence in Identity, in: Schmidt, Bettina E. und Ingo W. Schröder (Hg.): Anthropology of Violence and Conflict, Routledge, London/New York: 25-46.
- Brass, Paul R. (1997): Theft of an Idol: Text and Context in the Representation of Collective Violence, Princeton University Press, New Jersey
- Brown, Michael E. (2005): Ethnic and Internal Conflicts. Causes and Implications, in: Crocker, Chester A., Fen O. Hampson, Pamela Aall (Hg.): Turbulent Peace. The Challenge of Managing International Conflict, United States Institute of Peace Press, Washington: 209-226.
- Buhaug, Halvard (2006): Relative Capability and Rebel Objective in Civil War, in: Journal of Peace Research, 43(6): 691-708.
- Burger, Angela S. (1987): Policing a Communal Society: The Case of Sri Lanka, in: Asian Survey, 27(7): 822-833.
- Burkhalter-Trachsel, Verena (1981): Zur Theorie sozialer Macht. Konzeptionen, Grundlagen und Legitimierung, Theorien, Messung, Tiefenstrukturen und Modelle, Haupt-Verlag, Bern/Stuttgart.
- Dubiel, Helmut (1995): Gehegte Konflikte, in: Merkur, 49(12): 1095-1106.
- Campaign for Social Democracy (1989): Sri Lanka: The Choice of two Terrors, in: Race and Class, 30(3): 57-71.
- Chevigny, Paul G. (1999): Police Brutality, in: Kurtz, Lester und Jennifer Turpin (Hg.): Encyclopedia of Violence, Peace and Conflict, Vol. 3, Academic Press, San Diego/London/Boston: 1-10.
- Collier, Paul und Anke Hoeffler (2000): Greed and Grievances in Civil War. Policy Research Working Paper 2355, World Bank, Washington, D.C.
- Conversi, Danielle (Hg.) (2004): Ethnonationalism in the Contemporary World, Routledge, London/New York.
- Coomaraswamy, Radhika (1993): Mythen ohne Gewissen: Nationalistische Literatur der Tamilen und der Singhalesen in den 1960er Jahren, in: Abesekera, Charles und Newton Gunasinghe (Hg.): Aspekte ethnischer Gruppen in Sri Lanka, Social Scientists' Association/Polymathie Publication, Stuttgart/Perera: 74-97.
- Daniel, E. Valentine und Charred Lullabies (1996): Chapters in an Anthropography of Violence, Princeton University Press, Princeton.
- Eckert, Roland und Helmuth Willems (2002): Eskalation und Deeskalation sozialer Konflikte: Der Weg in die Gewalt, in: Heitmeyer, Wilhelm und John Hagan: Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden: 1457-1480.
- Eisenstadt, Shmuel N. und Louis Roniger (1980): Patron-Client Relations as a Model of Structuring Social Exchange, in: Comparative Studies in Society and History, 22(1): 42-77.
- Eller, Jack David (1999): From Culture to Ethnicity to Conflict: An Anthropological Perspective on International Ethnic Conflict, University of Michigan Press, Michigan.
- Elwert, Georg (1997): Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität von Gewalt, in: Trutz von Trotha (Hg.): Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialanthropologie. Sonderheft 37. Westdeutscher Verlag, Opladen: 6-101.
- Emmanuel, Sarala et al (2004): Youth in Vocational Training and Conflict Prevention. A Study on Peace Potentials and Conflict Risks of Development Interventions in the Plantation Sector of Sri Lanka, in: Development Cooperation in the Context of Crisis and Conflict, No. 2 (Januar).
- Field, Graham (1995): Economic Growth and political Change in Asia, Macmillan Press, Houndsmill.
- Foran, John (Hg.) (1997): Theorizing Revolutions, Routledge, London.
- Fox, Jonathan (2001): Clash of Civilisations or Clash of Religions. Which is more a Important Determinant of Ethnic Conflict? In: Ethnicities, 1(3): 295-320.
- Führer-Haimendorf, Christoph von (1966): Caste and Kin in Nepal, India and Ceylon. Anthropological Studies in Hindu-Buddhist Contact Zones, Asia Publishing House, London.
- Gates, Scott (2003): Empirically Assessing the causes of Civil War, paper presented at Liu Institute for Global Issues, University of British Columbia, Conference on Mapping and Explaining Civil War, 18-19 August, Oslo.
- Gamburd, Geraldine (1975): Patrons and Profits: Hierarchy and Competition in Sri Lanka, in: Ulrich, Helen E. (Hg.): Competition and Modernization, Abhinav, New Delhi: 103-149.

- Gill, S. S. (1997): *The Dynasty: A Biography of the Premier Ruling Family of modern India*, Harper Collins Publishers India, New Delhi.
- Goldstone, Jack A. (1991): *Revolution and Rebellion in the Early Modern World*, University of California Press, Berkeley/Los Angeles/London.
- Goonatilake, Susantha (1988): Nationalismus, Ideologie, Klassenbewusstsein und der soziale Wandel in Sri Lanka, in: Steinberg, Florian et al. (Hg.): *Armut im Paradies*, Albatros Verlag, Frankfurt a. M.: 187-233.
- Gunasinghe, Newton und Karthigesu Sivathamby (1989): Community Identity and Militarization in Sri Lanka: Social Origins of the Armed Forces and Tamil Militants, in: Wignaraja, Ponna und Akmal Hussain (Hg.) (1989): *The Challenges in South Asia. Development, Democracy and Regional Cooperation*, Sage Publications, New Delhi: 237-257.
- Gurr, Ted D. (2005): Minorities and Nationalists. Managing Ethnopolitical Conflict in the New Century, in: Crocker, Chester A., Fen O. Hampson, Pamela Aall (Hg.): *Turbulent Peace. The Challenge of Managing International Conflict*. United States Institute of Peace Press, Washington: 163-188.
- Hanschitz, Rudolf-Christian (2005): Konflikte und Konfliktbegriffe, in: Falk, Gerhard et al (Hg.): *Handbuch Mediation und Konfliktmanagement*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 63-82.
- Hegre, Havard, Tanja Ellingsen, Scott Gates, Nils Petter Gleditsch (2001): Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War 1816 – 1992, in: *American Political Science Review*, 95(1): 33-48.
- Heintel, Peter (2005): Widerspruchsfelder, Systemlogiken und Grenzdialektiken als Ursprung notwendiger Konflikte, in: Falk, Gerhard et al. (Hg.): *Handbuch Mediation und Konfliktmanagement*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: 15-33.
- Hellman-Rajanayagam, Dagmar (1990): The Concept of a “Tamil Homeland” in Sri Lanka – its Meaning and Development, in: *South Asia - Journal of South Asian Studies*, 13(2): 79-110.
- Hellmann-Rajanayagam, Dagmar (2007): *Von Jaffna nach Kilinocchi. Wandel des politischen Bewusstseins der Tamilen in Sri Lanka*, Ergon Verlag, Heidelberg.
- Henderson, Errol A. (1999): Ethnic Conflicts and Cooperation, in: Kurtz, Lester und Jennifer Turpin (Hg.): *Encyclopedia of Violence, Peace and Conflict*, Vol. 1, Academic Press, San Diego/London/Boston u. a.: 751-764.
- Hoole, Rajan (2001): *Sri Lanka. The Arrogance of Power. Myth, Decadence and Murder*, Wasala Publications, Kohuwala/Nugegoda.
- Hulugalle, H.A.J. (1975): *The Life and the Times of Don Stephan Senanayake*, Gunasena & Co, Colombo.
- Hüstebeck, Momoyo (2004): Klientelpolitik als kulturübergreifendes Phänomen: Eine Annäherung an Klientelismus-Konzepte. Project Discussion Paper No. 6/2004, Universitäten Duisburg und Erlangen-Nürnberg, Juni 2004.
- Ichijo, Atsuko und Gordana Uzelac (Hg.) (2005): *When is the Nation? Towards an Understanding of Theories of Nationalism*, Routledge, London/New York.
- Imbusch Peter und Ralf Zoll (Hg.) (2006): *Friedens- und Konfliktforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Irschick, Eugene F. (1994): *Dialogue and History: Constructing South India, 1795-1895*, University of California Press, Berkeley.
- Jean, Francois und Jean-Christophe Rufin (Hg.) (1999): *Ökonomie der Bürgerkriege*, HIS Verlagsgesellschaft, Hamburg.
- Jayantha, Dilesh (1992): *Electoral Allegiance in Sri Lanka*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Jayaraman, R. (1975): *Caste Continuities in Ceylon. A Study of the Social Structure of Three Tea Plantations*, Popular Prakashan, Bombay.
- Jayasuriya, Laksiri (2004): The Colonial Lineages of the Welfare State, in: Saman Kelegama (Hg.): *Economic Policy in Sri Lanka. Issues and Debates*, Sage Publications, New Delhi u. a.: 403-425.
- Jeong, Ho-Won (1999): Theories of Conflict, in: Kurtz, Lester und Jennifer Turpin (Hg.): *Encyclopedia of Violence, Peace and Conflict*, Vol. 3, Academic Press, San Diego et al: 511-517.
- Johnson, Terry und Chris Dandeker (1990): Patronage: Relation and System, in: Wallace-Hadrill, Andrew (Hg.): *Patronage in Ancient Society*, Routledge, London: 219-242.
- Jupp, James (1977): *Political Leadership in Sri Lanka – the Parliamentary Parties*, in: Pandey, B. N. (Hg.): *Leadership in South Asia*, Vikas Publishing House, New Delhi.
- Kapferer, Bruce (1988): *Legends of People. Myths of State. Violence, Intolerance, and Political Culture in Sri Lanka und Australia*, Smithsonian Institution Press, Washington/London.
- Kariyakarawana, Eamon und Neil Sri Wijesinghe (1981): *JR. The People's President*, A Varuna Publ., Colombo.
- Kearney, Robert N. (1973): *The Politics of Ceylon (Sri Lanka)*, Cornell University Press, Ithaca/ London.
- Kemp, Walter A. (2004): The Business of Ethnic Conflict, in: *Security Dialoge*, 35(1): 43-59.
- Khan, Mushtaq H. (1998): The Role of Civil Society and Patron-Client Networks in the Analysis of Corruption, in: OECD/UNDP (Hg.): *Corruption and Integrity Improvement Initiatives in Developing Countries*, UNPD, New York: 111-127.
- Knight-John, Malathy (2002): The institutional Policy Framework for Regulation and Competition in Sri Lanka, Paper No. 4, Dezember, Centre on Regulation and Competition, Working Paper Series, Manchester.
- Kreuzer, Peter und Mirjam Weiberg (2007): *Zwischen Bürgerkrieg und friedlicher Koexistenz. Interethnische Konfliktbearbeitung in den Philippinen, Sri Lanka und Malaysia*, Transcript Verlag, Bielefeld.
- Kümmel, Gerhard und Paul Klein (2002): Gewalt im Militär, in: Heitmeyer, Wilhelm und John Hagan (Hg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden: 215-234.
- Lakshman, W. D. (2004): Youth Unemployment: An Exploratory Study, in: Saman Kelegama (Hg.): *Economic Policy in Sri Lanka. Issues and Debates*, Sage Publications, New Delhi u. a.: 273-299.
- Lande, Carl H. (1973): Networks and Groups in Southeast Asia: Some Observations on the Group Theory of Politics, in: *American Political Science Review*, 67(1): 103-127.
- Leifer, Michael (Hg.) (2002): *Asian Nationalism*, Routledge, London/New York.
- Malhotra, Inder (2004): *Dynasties of India and Beyond. Pakistan, Sri Lanka, Bangladesh*, Vijitha Yapa Publications, Colombo.
- Manor, James (1984): Introduction, in: Ders. (Hg.) (1984): *Sri Lanka in Change and Crises*, Croom Helm, London: 1-32.
- Mayer, Markus et al (2003): Assessing Conflict Risks in Southern Sri Lanka. An exploratory Study on Conflict Potentials in the Hambantota District and the Applicability of PCIA Tools for Project Impact Analysis, in: *Development and Cooperation in the Context of Crisis and Conflict*, No. 1 (Oktober).

- Mehta, Pratap Bhanu (1998): Ethnicity, Nationalism and Violence in South Asia. *Pacific Affairs* 71(3): 377-396.
- Meyer, Eric (2003): *Sri Lanka: Biography of an Island. Between Local and Global*, Viator, Negombo.
- Meyers, Reinhard (1994): *Begriff und Probleme des Friedens*, Leske+Budrich, Opladen.
- Midlarsky, Manus I. (2005): The Demographics of Genocide: Refugees and territorial Losses in the Mass Murder of European Jewry, in: *Journal of Peace Research*, 42(4): 375-391.
- Migdal, Joel S. (1974): *Peasants, Politics, and Revolution: Pressure towards Political and Social Change in the Third World*, Princeton University Press, Princeton.
- Migdal, Joel S. (1988): *Strong Societies and Weak States: State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*, Princeton University Press, Princeton.
- Muller, Edward N. und Mitchell A. Seligson (1987): Inequality and Insurgency, in: *American Political Science Review* 81(2): 425-451.
- Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*, Rowohlt, Reinbek.
- Nordstrom, Carol (1997): *A different kind of War Story*, University of Pennsylvania Press, Philadelphia.
- N. N. (1984): Human Rights Violations in Sri Lanka, in: *Race and Class*, 26(1): 111-129.
- Obermeyer, Ziad, Christopher J. L. Murray, Emmanuela Gakidou (2008): Fifty Years of violent War Deaths from Vietnam to Bosnia: Analysis of Data from the World Health Survey Programm, in: *British Medical Journal*, 336: 1482-1486.
- Obeyesekere, Gananath (1979): The Vicissitudes of the Sinhala-Buddhist Identity through Times and Change, in: Roberts, M. (Hg.): *Collective Identities, Nationalism and Protest in Modern Sri Lanka*, Marga Institute, Colombo: 279-313.
- Obeyesekere, Gananath (1992): Dutthagamani and the Buddhist Conscience, in: Allen, Douglas (Hg.), *Religion and political Conflict in South Asia – India, Pakistan and Sri Lanka*, Greenwood Press, London: 135-158.
- Ogley, Rodrick (1999): Conflict Theory, in: Kurtz, Lester und Jennifer Turpin (Hg.): *Encyclopedia of Violence, Peace and Conflict*, Vol. 1, Academic Press, San Diego et al: 401-412.
- Orywal, Erwin (1996): Krieg und Frieden in den Wissenschaften, in: Ders., Aparna Rao, Michael Bollig (Hg.): *Krieg und Kampf. Die Gewalt in unseren Köpfen*, Dietrich Reimer Verlag, Berlin: 13-43.
- Paige, Jeffrey M. (1975): *Agrarian Revolution: Social Movements and Export Agriculture in the Underdeveloped World*, Free Press, New York.
- Przeworski, Adam et al. (1996): What makes democracies endure?, in: *Journal of Democracy* 7(1): 39-55.
- Rajagopalan, Swarna (2001): *State and Nation in South Asia*, Lynne Rienner, Boulder.
- Perera, Jayantha (1985): *New Dimensions of Social Stratification in Rural Sri Lanka*, Lake House Printers/Publishers, Colombo.
- Perera, Sasanka (1999): *Stories of Survivors: Socio-Political Contexts of Female Headed House-holds in Post-Terror Southern Sri Lanka*, Vol. 1, Vikas, Colombo.
- Peters, Edward (1985): *Torture*, Basil Blackwell, London.
- Popkin, Samuel (1979): *The Rational Peasant: The Political Economy of Rural Society in Vietnam*, University of California Press, Berkeley/Los Angeles.
- Reckwitz, Andreas (2000): *Die Transformation der Kulturtheorien: zur Entwicklung eines Theorieprogramms*, Velbrück Wissenschaft, Weilerswist.
- Regan, Patrick M. und Daniel Norton (2005): Greed, Grievances, and Mobilization in Civil War, in: *Journal of Conflict Resolution*, 49(3): 319-336.
- Roberts, Michael (Hg.) (1979): *Collective Identities Nationalism and Protest in Modern Sri Lanka*, Marga Institute, Colombo.
- Rogers, John D. (1987): *Crime, Justice and Society in Colonial Sri Lanka*, Curzon Press, London.
- Roll, Michel (2003): *Autonomous Politicians, Clientelist Structures and Civil Society in Southern Sri Lanka*, Lehrforschungsbericht der Universität Bielefeld, Bielefeld.
- Rösel, Jakob (1996): *Die Gestalt und Entstehung des singhalesischen Nationalismus*, Duncker & Humblot, Berlin.
- Rösel, Jakob (1997): *Der Bürgerkrieg auf Sri Lanka, Der Tamilenkonflikt: Aufstieg und Niedergang eines singhalesischen Staates*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Ross, Marc Howard (1993): *The Culture of Conflict: Interests, Interpretations and Disputing in Comparative Perspective*, Yale University Press, New Haven/London.
- Russell, Jane (1982): *Communal Politics under the Donoughmore Constitution 1931-1947*, Tisra Prakasakayo Ltd., Dehiwala.
- Ryan, Bryce (1953): *Caste in Modern Ceylon. The Sinhalese System in Transition*, Rutgers University Press, New York.
- Samaraweera, Vijaya (1977): *The Administration and the Judicial System*, in: De Silva, K. M. (Hg.): *Sri Lanka. A Survey*, C. Hurst & Co, London: 353-375.
- Sambanis, Nicholas (2004): What is Civil War? Conceptual and empirical Complexities of an operational Definition, in: *Journal of Conflict Resolution*, 48(6): 814-858.
- Sanmugathanan, N. (1984): Sri Lanka: The Story of the Holocaust, in: *Race and Class*, 26(1): 63-82.
- Schmidt, Bettina E. und Ingo W. Schröder (2001): Introduction: Violent Imaginaries and Violent Practices, in: Dies. (Hg.): *Anthropology of Violence and Conflict*, Routledge, London/New York: 1- 24.
- Scocpol, Theda (1979): *States and Social Revolutions*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Scott, James C. (1976): *The Moral Economy of the Peasant*, Yale University Press, New Haven.
- Schalk, Peter (2003): Relativising Sinhala-tiva and semantic Transformation of the Dhammadipa, in: *Journal of Buddhist Ethics* No. 10: (o. S).
- Schmidt, Bettina E. und Ingo W. Schröder (Hg.) (2001): *Anthropology of Violence and Conflict*, Routledge, London/New York.
- Searle-Chatterjee, Mary und Ursula Sharma (Hg.) (1994): *Contextualising Caste*, Blackwell, Oxford.
- Smith, Anthony D. (1993): *The Ethnic Source of Nationalism*, in: Brown, Michael E. (Hg.): *Ethnic Conflict and International Security*, Princeton University Press, Princeton.

- Spencer, Metta (1999): Overview: Sociological Studies, in: Kurtz, Lester und Jennifer Turpin (Hg.): Encyclopedia of Violence, Peace and Conflict, Vol. 3, Academic Press, San Diego/ London/Boston u. a.: 337-349.
- Stein, Howard F. (1984): A Note on Patron-Client Theory, in: Ethos, 12(1): 30-36.
- Swaminathan, Dominic (2004): Tamil Perspectives from the East, in: Frerks, Georg und Bart Klem (Hg.): Dealing with Diversity: Sri Lankan Discourses on Peace and Conflict, CRU Book, The Hague, Clingendael Institute, Den Haag.
- Swidler, Ann (1986): Culture in Action: Symbols and Strategies, in: American Sociological Review 51(2): 273-286.
- Tishkov, Valery (Hg.) (1997): Ethnicity, Nationalism and Conflict in and after the Soviet Union. The Mind aflame, Sage, Beverly Hills.
- Uphoff, Norman T. und R. D. Wanigaratne (1982): Local Organization and Rural Development in Sri Lanka, in: Uphoff, Norman T. (Hg.): Rural Development and local Organization in Asia, Macmillan India Limited, Delhi: 479-547.
- University Teachers of Human Rights (UTHR) (J) (1996): The Quest for Economic Survival & Human Dignity: Batticaloa & Amparai Districts, Bulletins No. 11, 9. Juli.
- UTHR (J) (1989): Report No. 1.
- Urdal, Henrik (2005): People vs. Malthus: Population Pressure, Environmental Degradation, and armed Conflict, in: Journal of Peace Research, 42(4): 417-434.
- Valenca, Marcio M. (1999): Patron-Client Relations and Politics in Brazil. A Historical Overview, Research Papers in Environmental Spatial Analysis, Inglaterra.
- Vanhanen, Tatu (1999): Ethnic Conflict and Ethnic Nepotism. A Comparative Analysis, in: Journal of Peace Research, 36(1): 55-73.
- Waldmann, Peter (1998): Bürgerkrieg - Annäherung an einen schwer fassbaren Begriff, in: Krumwiede, Heinrich und Peter Waldmann (Hg.): Bürgerkriege: Folgen und Regulierungsmöglichkeiten, Nomos, Baden-Baden: 15-36.
- Wanasinghe, Shelton (2003): Building Local Capacities for Conflict Mangement: The Potential of Local Governance in Sri Lanka, in: Mayer, Markus, Darini Rajasingham-Senanayake, Yuvi Thangarajah (Hg.): Building local Capacities for Peace. Rethinking Conflict and Development in Sri Lanka, Macmillan India, New Delhi u. a.: 80-103.
- Ware, Helen (2005): Demography, Migration and Conflict in the Pacific, in: Journal of Peace Research 42(4) 435-454.
- Weiberg-Salzmänn, Mirjam (2011): Die Dekonstruktion der Demokratie durch die Kultur, Der Bürgerkrieg auf Sri Lanka, Nomos, Baden-Baden.
- Wickremeratne, L. A. (1977): Planning and Economic Development, in: De Silva, K. M. (Hg.): Sri Lanka. A Survey, C. Hurst & Co, London: 144-171.
- Wickramasinghe, Somasiri und Nimal Wickramasinghe (2005): D. S. and the Family Roots in Sri Lankan Politics, Rasika Printers, Rajagiriya.
- Williams, Robin M. Jr. (2003): The War Within. Peoples and States in Conflict, Cornell University Press, Ithaca/London.
- Wilson, A. Jeyaratnam (1988): The Break-Up of Sri Lanka. The Sinhalese-Tamil Conflict, C. Hurst & Company, London.
- Wilson, A. Jeyaratnam und Dennis Dalton (Hg.) (1982): The States of South Asia. Problems of National Integration, C. Hurst & Company, London.
- Wimmer, Andreas (1997): Who owns the State? Understanding ethnic Conflict in Post-Colonial Societies, in: Nations and Nationalism, 3(4): 631-665.
- Wolf, Eric (1969): Peasant Wars of the Twenties Century, Harper and Row, New York.
- Wood, Elisabeth J. (2003): Insurgent Collective Action and Civil War in El Salvador, Cambridge University Press, New York.
- Woodward, Calvin A. (1969): The Growth of a Party System in Ceylon, Providence, Brown University Press, Rhode Island.

Kontakt:

Dr. Mirjam Weiberg-Salzmänn
Exzellenzcluster "Religion und Politik"
Institut für Politikwissenschaft, Westfälische Wilhelms Universität Münster
Geiststraße 24/25, 48151 Münster
mirjam.weiberg-salzmänn@uni-muenster.de
 Tel. +49 251 83-23540